

nicht zu reden. Das Heil kommt uns also weder vom Westen noch vom Osten. Wir müssen selber alle Kräfte mobilisieren, um aus dem entsetzlichen Elend herauszukommen. . . .

Unser Reichsmanteltarif hat zwar nicht alle Kollegen bebrüdet. Er war bei Schaffung indessen das Höchsterreichbare und ist in der Gauleiterföhrung vom November 1920 mit allen gegen eine Stimme gutgeheissen. Ob es uns indessen gelingt, im Frühjahr 1921 wesentlich bessere Bedingungen durchzusetzen, ist eine andere Frage.

Unsere Bezirks- und Landeslohntarife sind grobenteils zum 1. Juli 1921 abgelaufen. Wir werden unsere Organisation bis dahin innerlich wie äusserlich noch gewaltig festigen müssen, wollen wir alsdann vor uns selber bestehen. Innerlich, indem wir den Geist der Disziplin, Opferbereitschaft und Brüderlichkeit wieder viel stärker in den Vordergrund rücken. Äusserlich durch wohlgefüllte Kassen, die zu schaffen wir gegenwärtig im Zuge sind. Unsere Kollegen haben die Notwendigkeit dafür klar erkannt und seit 1. Januar 1921 die erhöhten Beiträge mit Zweidrittelmehrheit bewilligt. Wir hätten gewünscht, daß einige Großstädte besonders ein besseres Abstimmungsresultat erzielt hätten. Es wird gerade an diesen Orten notwendig sein, durch systematische Aufklärungs- und Erziehungsarbeit nachzuholen, was bislang vor lauter politischem Krach versäumt worden ist.

Das gleiche trifft natürlich auch für die innere Entwicklung unseres Verbandes zu. Wir sind riesig in die Breite gegangen. Nun gilt es tiefer zu schürfen und allmählich aus der Ära der Schlagworte herauszukommen. Wollen wir den Sozialismus in die Tat umsetzen, so bedarf es dazu der Anspannung aller geistigen Kräfte, aber auch der Ausnutzung aller technischen und sonstigen Möglichkeiten. Insbesondere muß ein geistiges Band mit den Angestellten und Beamten geschlossen werden, wie wir es mit unserer FAK anstreben.

Wir haben im letzten Jahr aus den 18 Gauen unseres Verbandes 32 (nebst 3 Bezirken) gemacht, also die innere Organisation fast verdoppelt. Trotzdem sind unsere Angestellten noch immer so furchtbar belastet, daß sie an ihre erzieherische Aufgabe kaum herankommen. Wir müssen daher in den größeren Städten bestrebt sein, besondere Bildungseinrichtungen für unsere Kollegen zu schaffen, um die innere Front unseres Verbandes zu vereineitlichen.

Unser Verband hat während des Kapp-Putsches eine hervorragende Rolle in der Abwehr gespielt. Wir haben ausführlich darüber berichtet und glauben, daß unsere Kollegen in dieser Beziehung vor jeglicher Kritik bestehen können.

Die Internationale der Gemeindearbeiter ist im September 1919 wieder neu aufgerichtet worden. Die Sigverlegung nach Amsterdam ergab sich aus der allgemeinen Situa-

tion. Ob unsere Internationale bald praktische Arbeit leisten kann, wird ebenso von der weltpolitischen Entwicklung abhängen.

Unsere Presse hat auch im verflossenen Jahr mancherlei Neuerungen durchgeführt wie z. B. die periodisch wiederkehrenden graphischen Statistiken. Dank eines reichen Mitarbeiterstabes waren wir auch in der Lage, unsern Kollegen viel und vielerlei Material zu liefern. Die „Gewerkschaft“ hat jetzt über 320 000 Auflage. Das Fachorgan, die „Sanitätskarte“, ist auf 55 000 Auflage gestiegen. Die rege und überaus mannigfaltige Mitarbeit aus Kollegentreifen machte es freilich andauernd notwendig, viel zu kürzen und nur das Allgemeininteressierende zu bringen. Wir möchten deshalb auch an dieser Stelle die Mahnung wiederholen, sich stets eingedenk zu halten, daß die örtlichen Gesichtspunkte in den Hintergrund treten müssen. Vor allem aber fordern wir von allen unseren Mitgliedern, daß sie unsere Presse aufmerksam studieren! Dann werden die üblen Erscheinungen, mit denen man leider in den politischen Bruderparteien noch immer rechnen muß, bei uns niemals auskommen. Wir haben an dieser Stelle stets einer weitestgehenden politischen Toleranz das Wort geredet, soweit die sozialistischen Parteien in Frage kommen. Sollten freilich die Kommunisten ihren Zerstörungsfeldzug auf die Gewerkschaften weiterhin ausdehnen, so werden sich unsere Kollegen kräftig zur Wehr setzen müssen. Denn das wäre das Ende unserer materiellen wie geistigen Entwicklung, wenn die wirtschaftliche Einheit unserer Organisation gefährdet werden sollte.

Können wir hiermit unseren Rückblick zum Abschluß bringen, so haben wir auch bereits einige Ausblicke vorweggenommen, die allerdings nicht besonders erfreulich sind.

Es wäre aber eines rechten Gewerkschaftlers unwürdig, wenn er den Kopf in den Sand stecken wollte. Wir sehen der harten Gegenwart, wie den kommenden Dingen unverzagt ins Gesicht. Unsere Kollegen dürfen sicher sein, ohne die gewerkschaftliche Organisation wäre ihr Los wesentlich schlechter. Sie dürfen aber auch nicht vergessen, daß am 20. Februar bei den Preußenwahlen wieder über weittragende Dinge entschieden wird, die sie angehen.

Unsere Staats- und Gemeindearbeiter sind durch das Finanzgefahren sogar unmittelbar an dem Ausfall dieser Wahlen interessiert, und das Verhältnis zu Schule und Kirche, wie so manche allgemeine Entwicklungsvorbedingung wird durch die Landesgesetzgebung bestimmt. Wohlan, Kollegen und Kolleginnen, geht hinein ins neue Jahr mit dem festen Vorsatz mitzuwirken am Gemeinwohl!

Mitzuwirken am Verbandintreuer Kameradenschaft bleibt Pflicht jedes unserer Mitglieder!

Die Einheitsfront der Sozialisierungsgegner.

Vor einiger Zeit veröffentlichte in der deutschen Arbeiterzeitung Dr. W. Riese, Kiel, seine Gedanken über die Sozialisierungsfrage und insbesondere über den Kommunalisierungsvorschlag der Sozialisierungskommission. Dieser wurde vor kurzem der Regierung überreicht und ist als Gegenentwurf zum Regierungsentwurf zu betrachten. Die Sozialisierungskommission schlägt im Gegensatz zum Regierungsentwurf auch die Nahrungs- und Genussmittel und die Brennstoffe zur Kommunalisierung vor. Dieser Umstand bildet den ganz besonderen Anknüpfungspunkt für den prinzipiellen Sozialisierungsgegner Dr. A. Er schreibt:

„Ganz besonders scharf wird man sich aber gegen die Kommunalisierung des Nahrungsmittelgewerbes wenden müssen. Ich glaube, jeder Mensch verzichtet nach den trüben Erfahrungen, die wir in der Kriegszeit damit gemacht haben, gern darauf.“

So, da haben wir's! Hätten nicht die Gemeinden während des Krieges und nachher so manche Mengen Kartoffeln, Gemüse, Obst und vieles andere den Konsumenten vermittelt, so wäre jene Ware

von Schiebern zu erheblich höheren Preisen umgekehrt worden. Aber, dieser Profitverlust bildet ja gerade die Hauptursache der Sozialisierungsgegnerschaft. Bei einem sozialisierten Betrieb steht nicht die Erzielung eines möglichst hohen Gewinnes im Vordergrund, sondern die Waren und Einrichtungen sollen der Gesamtheit zu möglichst günstigen Bedingungen dienstbar gemacht werden und die Preise sind so niedrig wie möglich zu gestalten. Doch Dr. A. hat auch einen Sinn für Notwendigkeiten. Er sagt, daß jene Betriebe, die Wasser und Licht liefern, monopolistischen Charakter haben müssen, weil auf ihre Erzeugnisse jeder Mensch angewiesen sei. Noch mehr ist der Mensch doch an die Nahrungsmittel angewiesen. — Es geben an sich schon in den europäischen Hungerländern unzählige Menschen an Unterernährung zugrunde durch die Schuld jener Schichten, die die meisten Sozialisierungsgegner stellen. Dr. A. „beweist“ dann weiter, daß die Berliner Straßenbahn vor der Kommunalisierung stets Pöbeln verteilte, während sie jetzt mit ungeheurer Unterbilanz arbeitet, was nach den Behauptungen kompetenter Sozialisten einem sozialisierten Betrieb gar nicht vorkommen sollte. Er vergl.

geflissenlich, daß die bis jetzt kommunalisierten Betriebe erst Cefiedern auf der Leinwand sind. Das fertige Gemälde sieht natürlich anders aus. Es sind neue Formen, jedoch noch abhängig von der alten privatkapitalistischen Wirtschaftsweise. Daher ist auch das 12-Milliarden-Defizit der Eisenbahnen unter bürgerlicher Regierung verständlich. Man soll doch nicht zugleich mit allen Mitteln gegen die Sozialisierung und das Gute an ihr kämpfen mit der Begründung, daß sie nicht durchführbar sei, wenn man die Durchführbarkeit bei jeder Gelegenheit und an allen Stellen fabriziert! Ja, Herr Dr. A., die moralischen Grundlagen und das Verantwortungsgefühl fehlen sehr, aber bei den Unternehmern und bei jenen, die das Vermögen in das Ausland verschleppen und damit die Sozialisierung immer schwieriger gestalten. Und doch muß das Werk gelingen, weil die jetzige Wirtschaft ihre geistige Grundlage verlor. Die Arbeiter werden es schaffen, und dann wird auch überall Arbeitsfreudigkeit eintreten. Wenn Dr. A. zu dem Schlusse kommt, jeder Art von Sozialisierung sei auf das schärfste entgegenzutreten, so ist das nicht allzu tragisch zu nehmen, zumal er sich für seine Zwecke zu Unrecht auf Richard Fischer und Robert Schmidt beruft.

Erfreut ist schon ein Artikel der Redaktion der „Arbeitgeberzeitung“ vom 12. Dezember 1920 zu nehmen. Dort wird darüber Klage geführt, daß unsere meisten öffentlichen Ueberschubbetriebe sich in Zuschubbetriebe verwandelt haben. Immerhin wird die Notwendigkeit der Kommunalisierung für eine Reihe von Betrieben anerkannt, wie für das Bildungswesen, gesundheitlichen Einrichtungen, Bäder, Krankenhäuser, Kanalisation, Straßenbau, Straßenreinigung, Friedhofswesen, Verkehrswesen und Lebensmittellieferung. Also im Gegensatz zu Dr. A. — Mit Ausnahme der Lebensmittelversorgung sind das alles Betriebe, die voraussichtlich keine Ueberschüsse abwerfen.

Es wird beklagt, daß unsere öffentlichen Betriebe keine Ueberschüsse mehr abwerfen, sondern sich in Zuschubbetriebe verwandelt haben, die ungeheure Summen verschlingen, und es wäre nötig, diese wieder zu Ueberschubbetrieben zu gestalten. Wie dies gemacht werden soll, wird aber nicht gesagt. Etwa durch Herabsetzung der Löhne und Gehälter? Oder z. B. durch Erhöhung der Fahrpreise bei Bahn und Straßenbahn für Güterbeförderung, für Licht und Wasser usw. In der Wirkung würde durch eine verminderte Inanspruchnahme das gleiche Defizit entstehen, wie das bei den Verkehrseinrichtungen schon vielfach der Fall ist. Ganz abgesehen davon, daß die Vorteile dieser Einrichtungen der Gesamtheit dann nicht mehr voll zugute kommen. Das Einkommen der großen Masse ist zu niedrig, um diese gesteigerten Ausgaben bestreiten zu können. Hier verlagert das staatskapitalistische Prinzip. Allerdings! Erhöhte Gütertarife und Steuern, Postunkosten, die den Handel und die Geschäftswelt belasten, werden ohne Umstände auf die Waren aufgeschlagen und werden wieder von der Allgemeinheit getragen.

Die „Arbeitgeberzeitung“ schreibt weiter:

„Während des Krieges mußten Staat und Gemeinde, wollten sie nicht einen großen Teil der Bevölkerung der Gefahr aussetzen, unentbehrliche Nahrungsmittel überhaupt nicht mehr oder zu unerschwinglichen Preisen zu erhalten, zu dem vielumstrittenen System der öffentlichen Bewirtschaftung bestimmter Nahrungsmittel übergehen. Dabei ergaben sich auf der einen Seite Gewinne, auf der anderen Verluste. So brachte für Groß-Berlin bis Ende Juni 1919 die Fleischversorgung einen Verlust von 4,9 Millionen Mark, die Viehweideleistung dagegen einen Gewinn von genau derselben Höhe, während die Fleischkäufe mit einem Gewinn von 1,2 Millionen abkamen. Auch die Bewirtschaftung der Rohstoffe erbrachte einen Gewinn von 1,3 Millionen Mark, die der Eier 0,3 Millionen Mark, die Milchversorgung 3 Millionen, die Futterversorgung 1,3 Millionen, die Fischversorgung 0,8 Millionen Mark usw. Andererseits schloß die Gemüservorgung mit einem Verlust von 15,4 Millionen Mark ab, die Kartoffelversorgung mit 4,3 Millionen, die Brotversorgung mit 7 Millionen Mark. Ein überaus kompliziertes Bild also, aus dem sich sofort ergibt, daß ein Gesamturteil gar nicht möglich ist, ohne in die Einzelheiten einzudringen. Kein Zweifel, daß man hier und da geschädigt hätte wirtschaften können! Kein Zweifel aber auch, daß in den Jahren der bittersten Kriegsnot der Kommunalbetrieb für die Lebensmittelversorgung unentbehrlich war. Ob sich dabei Gewinne oder Verluste ergaben, durfte nicht die entscheidende Rolle spielen.“

Trotz der öffentlichen Bewirtschaftung der Nahrungsmittel ergaben sich noch große Mängel, da die Apatier ihre Ablieferungs-pflichten nur sehr bedingt erfüllen, obwohl sie schon durch die Ausbezahlung großer Summen an Frühbruchsprämien hinreichend extra Prämien erhielten. Die öffentliche Bewirtschaftung war also unentbehrlich geworden. Ähnlich wird sich das Bild auch noch in

anderen Zweigen des Wirtschaftslebens gestalten. Schon heute werden — durch die Vertruftung begünstigt — vielfach Betriebsbeschränkungen vorgenommen, wenn der Gewinn sich nicht hoch genug errechnet, ohne Rücksicht auf die Arbeiterschaft und die gesamte Volkswirtschaft. Bei diesem wilden Durcheinanderarbeiten ist es gar nicht anders möglich, als das Kollergange — in erster Linie die Arbeiter — die schädigenden Folgen zu tragen haben. Es ist daher nötig, daß das Lebenselement Kohle in Besitz und Kontrolle der Allgemeinheit kommt. Ähnlich ist es mit den Erzebergwerken und in der Folge für eine Reihe anderer Wirtschaftszweige. Diese Ueberschüsse in die Gemeinwirtschaft muß planmäßig erfolgen. Die Auswüchse bei der jetzigen Wirtschaftsweise sind auf die Dauer unerträglich. Die Arbeiter wollen das bisherige Arbeitsverhältnis nicht weiter anerkennen. Sie wollen selbst mitbestimmen, Einfluß und Einfluß gewinnen, an der Verwaltung mitarbeiten. Dem muß Rechnung getragen werden, soll die Arbeitsfreude und damit zugleich die Rentabilität eintreten. In diesem Sinne muß aufgebaut werden; gegen die Interessen der Arbeiterschaft kann nicht erfolgreich gewirtschaftet werden. Wenn schon in früheren Zeiten über die wirtschaftliche Rückständigkeit der Staatsbetriebe gegenüber den Privatbetrieben geklagt wurde, so lag wohl die Hauptschuld an der bürokratischen und vielfach unfähigen Verwaltung, denn es kommt sehr viel auf den Geist an, der auf einem Verwaltungsgebiet vorherrscht. Und das beweist wiederum die Notwendigkeit der Sozialisierung. Wenn gesagt wird, daß wir die Sozialisierung erst beim letzten Glied, dem Verkauf der Ware, in Angriff nehmen wollen, so ist zu entgegnen, daß wir doch allmählich die gesamten Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit überführen wollen. Es ist dem Artikelschreiber aber insofern recht zu geben, als wir an der Sozialisierung von Grund und Boden noch viel zu wenig ausgerichtet haben. Erreichen konnten. Hier ist also noch vieles und kräftig nachzuholen. Offentlich finden wir dann auch den Beifall der „Arbeitgeberzeitung“.

Die Möglichkeit und Notwendigkeit der Sozialisierung wird sich aus wirtschaftspolitischen Gründen ergeben. Schon heute hätten wir ohne ein Eingreifen des Staates auf dem Gebiete des Wohnungswesens völlige Anarchie. Die Sozialisierung wird und muß kommen, trotz der Schlussfolgerung der „Arbeitgeberzeitung“, daß der Umkreis derjenigen Betriebe, welche notwendig oder zweckentsprechend der staatlichen Verwaltung überlassen werden müssen, recht eng zu begrenzen sei. Das Wort kommt zu dem Schluß, daß das Eingreifen des Staates in andere Unternehmungen hinsichtlich der technischen und kulturellen Entwicklung als Erschwerung und Hemmnis wirken wird. Für den „kulturellen“ Gesichtskreis der Industriellen kann das allerdings zutreffen. Jede geringfügige Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge in der Vorkriegszeit bekämpften die Arbeitgeber mit dem Argument, daß die Industrie dann nicht mehr konkurrenzfähig sei. Hat die „Arbeitgeberzeitung“ keine Gedanken dafür übrig, daß wir einmal unseren Kulturzustand wechseln werden, wie wir ihn schon früher gewechselt haben?

Mit der derzeitigen Unrentabilität der sog. Staatsbetriebe ist gar nichts gegen die Sozialisierung auszuwenden. Diese gemeinschaftlichen Betriebe haben in erster Linie dem Gemeinwohl zu dienen. Als Einnahmequelle gedacht, stehen sie an sich im Widerspruch mit der Idee ihrer Errichtung. Gemeindliche und andere Steuern — auch insoweit diese zur Deckung eines etwaigen Defizits der Betriebe nötig sind — sind eben nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit aufzubringen. G. S.

Unser Mitgliederstand am 1. Januar 1921.

Der Verband der Berichtskarte und des Fragebogens über Kurzarbeitszeit für den Monat Dezember erfolgte an 805 Filialen, von denen 142 bis zum 10. Januar die Einsendung versäumt haben. Das sind gegenüber dem Vormonat 40 fäulige Filialen mehr. Aus den Gauen Breslau und Königsberg fehlt die Berichtskarte aus je 12 und aus dem Gau Brandenburg aus 10 Filialen.

Gegenüber dem Vormonat mit 234 826 männlichen, 63 784 weiblichen, zusammen 298 610 Mitgliedern, buchen wir nach den eingekommen Karten, unter Uebernahme des alten Bestandes für die Filialen, die nicht berichteten, 234 769 männliche, 62 821 weibliche, zusammen 297 590 Mitglieder. Demnach ist also gegenüber dem Vormonat im Mitgliederstand ein Minus von 57 männlichen, 963 weiblichen, zusammen 1020 Mitgliedern zu verzeichnen. Aus 16 Gauen wird eine Zunahme von 714 und aus 18 Gauen eine Ab-

nahme von 1734 Mitgliedern gemeldet. Innerhalb des 4. Quartals 1920 beträgt der Mitgliederverlust 299 männliche, 1979 weibliche, zusammen 2278.

Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Stichtag des Bormonats von 5970 auf 5088 gefallen. Innerhalb des 4. Quartals hatten wir 6240 männliche, 2211 weibliche, zusammen 8451 arbeitslose Mitglieder mit 276 406 Tagen Arbeitslosigkeit, das sind pro Kopf 22 Tage.

Unterstützungsberechtigt waren davon 2494 männliche, 976 weibliche, zusammen 3470 Mitglieder, mit 47 748 bzw. 19 320, zusammen 67 568 Unterstützungstagen. Die Unterstützungssumme beträgt für männliche Arbeitslose 71 417,90 M., für weibliche Arbeitslose 24 703,95 M., zusammen 96 121,85 M., oder pro Kopf und Tag im Durchschnitt 1,42 M.

Die gruppweise Entwicklung des Mitgliederstandes zeigt die nachstehende Tabelle:

Rt.	Gau	Zahl der Mitglieder am 1. Dez. 1920	Zahl der Mitglieder am 1. Januar 1921			Zunahme	Zahl der Arbeitslosen
			männlich	weiblich	zusammen		
1	Angsborg	4950	4229	409	4638	212	103
2	Berlin	51858	55267	16591	51858	—	728
3	Bielefeld	3787	3348	488	3834	47	56
4	Brandenburg	5027	4119	1117	5236	209	96
5	Bremen	7188	6594	578	7170	18	33
6	Breslau	17346	11928	5140	17063	282	909
7	Cöln-Bonn	11651	10269	1147	11416	235	25
8	Dortmund	4224	3111	1114	4225	1	8
9	Dresden	10809	8923	1988	10811	2	319
10	Düsseldorf	11747	9203	2375	11578	169	28
11	Erfurt	3973	3350	604	3954	19	66
12	Frankfurt a. M.	16193	13319	2860	16179	14	78
13	Frankfurt a. d. O.	4395	3634	610	4244	141	158
14	Halberstadt	3863	3304	563	3867	4	66
15	Hamburg	24782	19453	5337	24790	28	618
16	Hannover	6752	5551	1157	6708	44	48
17	Jena	5171	3728	1442	5170	1	102
18	Karlstraße	7886	6915	949	7864	22	65
19	Kassel	3642	2876	737	3612	30	90
20	Kiel	4288	3343	986	4329	41	107
21	Königsberg i. Pr.	11315	8757	2591	11348	33	221
22	Leipzig	6622	4765	1724	6489	133	118
23	Lübeck	4778	3646	1093	4739	39	241
24	Magdeburg	6493	5677	958	6635	142	215
25	Mann	4784	3969	837	4806	22	1
26	Mannheim	10014	8646	1342	9988	26	87
27	München (Stadt)	9079	6500	2544	9044	—	539
28	München	3117	1651	875	2026	91	23
29	Bez. Deggendorf	1748	1624	135	1759	11	43
30	Bez. Traunstein	1701	1685	115	1800	99	22
31	Nürnberg	7813	6441	987	7378	65	167
32	Regensburg	1711	1611	93	1704	7	51
33	Stettin	6574	5810	1268	6578	4	67
34	Stuttgart	8967	6790	1052	6782	185	95
35	Widau	7771	6262	1443	7705	66	333
36	Einzelmitglieder	222	137	86	223	1	19
* Abnahme		298618	234769	62821	297590	1020	5083

Die Kurzarbeitszeit erläutert folgende Tabelle:

in der Woche	Es arbeiteten		Arbeiter
	in der Woche	in Betrieben	
48 Stunden und mehr	3410	288 760	
46 und 47 Stunden	24	4 391	
44	13	2 084	
40 bis 43	84	782	
36	81	649	
32	9	293	
28	1	2	
24	23	368	
weniger als 24 Stunden	27	261	
Zusammen		3432	289 025

Mit der Berichterstattung für den Monat Dezember wird auch der Rückblick auf die Entwicklung des Mitgliederstandes für das vergangene Jahr ermöglicht. Nicht im gleichen Tempo und Umfang wie im Jahre 1919 konnte sich die Entwicklung vollziehen. Unser Organisationsgebiet ist wie das aller Organisations räumlich und zahlenmäßig begrenzt und es hat den Anschein, als ob wir im vergangenen Jahr, am 1. Oktober, die Grenzen des organisatorisch Möglichen erreicht hätten. Zum Vergleich der

Entwicklung ziehen wir in den folgenden Tabellen auch das Jahr 1919 mit heran:

Zeitabschnitt	1919		Zahl der Mitglieder		Zahl der Arbeitslosen
	der 1. d. d. d.	der 1. d. d. d.	männlich	weiblich	
1. Januar	18	219	63 755	23 240	86 995
1. April	21	311	182 163	83 992	166 155
1. Juli	21	420	175 224	46 622	221 846
1. Oktober	21	510	194 783	53 676	248 459
Steigerung absolut	8	291	131 008	30 430	161 444
Steigerung in Proz.	16	132	206	130	185
1920					
1. Januar	21	568	211 871	58 044	269 915
1. Februar	21	612	215 752	57 825	273 577
1. März	21	638	220 558	58 633	279 209
1. April	21	664	224 782	59 352	284 114
1. Mai	35	683	226 354	60 178	286 532
1. Juni	35	714	228 908	62 251	291 217
1. Juli	35	739	231 925	62 488	294 413
1. August	35	746	232 408	62 116	294 523
1. September	35	766	235 234	62 058	297 297
1. Oktober	35	789	235 068	64 800	299 868
1. November	35	790	234 394	64 150	298 544
1. Dezember	35	797	234 828	63 784	298 610
Steigerung absolut	14	229	22 955	5 740	28 695
Steigerung in Proz.	66	40	10	9,8	10
1921					
1. Januar	35	812	234 769	62 821	297 590
Steigerung vom 1. Januar 1919 bis 31. Dezember 1921	17	503	171 014	39 581	210 599
in Proz.	94	270	268	170	242

Während im Jahre 1919 durch den Umschwung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 1918 von Quartal zu Quartal eine sprunghafte Entwicklung zu verzeichnen ist, vollzieht sich im verflochtenen Jahre die Entwicklung in ruhigeren Bahnen, bis sie am 1. Oktober ihren Höhepunkt erreicht hat. Die geringe Abnahme in den folgenden Monaten erklärt sich aus Betriebseinstellungen.

Im ganzen betrachtet, zeigt auch das Jahr 1920 ein zufriedenstellendes Bild der Entwicklung. Wir haben unsere Bewegung in den ersten neun Monaten des Jahres nicht nur zu erweitern vermocht, sondern auch den Besitzstand in den letzten drei Monaten, trotz der Ungunst der Zeit erhalten. Durch festen Zusammenhalt der Kollegen und Kolleginnen wird auch das Jahr 1921 ein würdiger Nachfolger werden!

Rechtschutzfragen.

Die Gewährung von Rechtschutz ist eine Aufgabe, die für die Kollegenschaft von erheblichem Wert ist. Zu wissen, daß man als Verbandsmitglied in den Streitfällen, die sich aus der Verbandstätigkeit und dem gesamten Arbeitsverhältnis ergeben, auf Verbandshilfe und Schutz und Hilfe findet, ist von ideeller und materieller Bedeutung. Dem Verbandsvorstand sind aber durch die Bestimmungen des Statuts §§ 24 und 25 und Verbandstagsbeschlüssen gewisse Schranken gezogen, die bei Gewährung von Rechtschutz durchaus beachtet werden müssen.

Wichtig zu wissen ist, daß bei allen privaten Klagen Rechtschutz nicht gewährt werden darf. Bei Streitigkeiten, die sich aus der Verbandszugehörigkeit und dem Arbeitsverhältnis ergeben, ist Voraussetzung, daß mit Einleitung der Klage auch ein Erfolg zu erzielen ist. Prozeßkosten zu fördern durch Unterstützung vollständig arbeitsloser Kollegen ist nicht Aufgabe der Organisation. Bei der Einreichung der Rechtsschutzanträge machen es sich manche Kollegen sehr bequem. Vielleicht lesen sie erst gar nicht die maßgebenden statutarischen Bestimmungen. Wenn sie gelesen werden kümmert man sich nicht darum. Ruß der Verbandsvorstand den Antrag ablehnen, so kann man es erleben, daß die Kollegen gemeinsam mit dem in Frage kommenden Kollegen über den Verbandsvorstand herfällt, der natürlich wieder einmal alle Forderungen mit den Kollegen verloren hat. Die Forderungen haben die Pflicht, an erster Stelle mit zu entscheiden, ob die statutarischen Bestimmungen erfüllt sind. Kommt die Forderung zur Abrechnung, so hat dem einzelnen Kollegen das Recht des Einspruchs an den Verbandsvorstand und -ausführung zu. Ein Urteil kann sich die Forderung aber erst bilden, wenn entsprechend dem auszuführenden

Fragebogen der Tatbestand einwandfrei festgestellt ist. Dazu gehören Erkundigungen bei den in Frage kommenden Zeugen, Beibringung allen vorhandenen Aktenmaterials, Schiedssprüche, Urteile usw. Die gesamten Unterlagen müssen bei der Antragstellung an den Verbandsvorstand mit übermittelt werden. Der Ritalvorstand muß pflichtgemäß auch seine Auffassung über die Wichtigkeit des beigebrachten Materials bekanntgeben und sich nicht, wie so oft geschieht, ausweichen. Hier darf nicht das sogenannte gute Herz und die Rücksichtnahme auf die Gunst oder Ungunst der Kollegen den Ausschlag geben.

Das Ansehen der Organisation wird nicht gefördert, sondern erheblich geschädigt, wenn mit unserer Hilfe unbegründete Klagen, gestützt auf falsche Angaben, eingeleitet werden. Wir greifen einige solcher Mißbeispiele heraus. Zwei Rechtswörter behalten einen Sach Recht über. Statt denselben ordnungsgemäß an das Lebensmittelamt zurückzugeben, stellen sie den Sach bei einem guten Bekannten unter. Als sie fruchtlos entlassen werden, verlangen sie Rechtschutz wegen angeblich unbegründeter Entlassung. Bei Auseinandersetzungen mit den Arbeitgebervertretern lassen sich die Kollegen manchmal hinreichend, in größtmöglicher Form Verleumdungen, Beschimpfungen und beweislose Verdächtigungen ausstoßen. Jedes Verleumdung, jeder Quark wird ohne ernstliche Nachprüfung vorgebracht. Wenn solchen leichtfertigen Redewendungen der Verleumdungsprozeß folgt, ist eine Rechtschutzgewährung zumeist ausgeschlossen. In zahlreichen Fällen waren Kollegen angeblich zu Unrecht der Entlassung von Eigentum anderer Personen beschuldigt, bei denen es als Gasmesseerkontrollen usw. im Arbeitsverhältnis zu tun kamen. Die jahrelangen bösen Erfahrungen, die der Verbandsvorstand sammeln mußte, gaben Veranlassung zu einer Regelung durch Verbandstagesbeschlüsse. In den besagten Fällen werden, erweisen sich die Angaben der Kollegen als zutreffend, nachträglich die entstandenen Rechtsanwaltskosten entschädigt. Wenn aber ein Verleumdungsvorstand Kartoffeln einkauft und wegen angeblich schlechter Lieferung mehrere Tausend Mark einbehält, dann auf Zahlung verklagt wird und Rechtschutz verlangt, so ist das doch das Gute zumeist. Die Macht der bürgerlichen Gerichte zu hoch eingeschätzt ist es, wenn ein Kollege eine ihm nicht bewilligte Lohnserhöhung gerichtlich einklagen will. Natürlich löste es „Empörung“ aus, als der Verbandsvorstand den Antrag auf Rechtschutzgewährung ablehnen mußte. Ein erhebliches Stück Arbeit muß geleistet werden, um die oft ganz unbegründeten Anträge entgegenzunehmen, aufzuweisen, dem Verbandsvorstand weiterzureichen, der dann nachprüfen und oft in wiederholten Schreiben Aufklärung über die Gründe seines ablehnenden Standpunktes geben muß.

Wilhelm Weilling.

(Zum 50. Todestage am 25. Januar 1921.)

Die deutsche Arbeiterschaft feiert als ihre bedeutendsten Kämpfer Karl Marx, Friedrich Engels und Lassalle. Bei Betrachtung dieses Dreigestirns wird meistens der Mann verstanden, der bereits ein Jahrzehnt früher als Marx das Proletariat zum Befreiungskampfe aufrief. Das erklärt sich daraus, daß erst Marx und Engels dem Sozialismus die wissenschaftliche Grundlage gegeben oder, wie Engels selbst sagt, den Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft erhoben haben. Der wissenschaftliche Sozialismus erst war imstande, dem Proletariat taugliche Waffen zum Befreiungskampfe in die Hand zu geben und die Wege zu weisen, die die Arbeiterschaft aus der Knechtschaft des Kapitalismus in die Freiheit des Sozialismus führen.

Daraus geht hervor, daß Weillings sozialistische Theorien sich noch in utopischen Gedankengängen bewegen. Das sind Theorien, die sozialistische Gesellschaftsordnungen nach Plänen ihrer geistigen Väter zimmern wollen, wie etwa ein Baumeister ein altes Haus löslich abbaut und nach vorher entworfenen Plänen ein neues baut. Solche Rezepte sind aber zur Umwandlung von Staats- und Gesellschaftsordnungen untauglich. Karl Marx' großes Verdienst ist es, daß er den historischen Materialismus entdeckt und die Geschichtswissenschaft auf ein neues Fundament gestellt hat. Danach strebt die wirtschaftliche Entwicklung immer einer bestimmten Richtung zu. Sie läßt sich weder aufhalten noch nach einem anderen Ziele drängen. An Hand dieses historischen Materialismus haben Marx und Engels nachgewiesen, daß die wirtschaftliche Entwicklung zum Sozialismus führt. Sie strebt also ebenso unbefruchtet durch Hemmnisse und Umwege unaufhaltsam diesem Ziele zu, wie der Strom zum Meere. Nur ihr Gang läßt sich entweder beschleunigen oder verlangsamen. Den Weg zum Sozialismus abzuhängen, das allein ist das revolutionäre Moment der Arbeiterbewegung.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1919.

Die Hochflut von Lohnbewegungen, die sich nach Ausbruch der Revolution über Deutschland ergoß, hat zu der Prägung des öfters angewandten Satzes geführt: „Die Revolution sei in eine allgemeine Lohnbewegung ausgelassen“. Wenn damit ausgedrückt werden sollte, daß für die Arbeiterschaft weniger die ideellen Errungenschaften der Revolution als vielmehr das Streben nach materieller Besserung der Lebenslage, also egoistische Ziele, in Frage kamen, so kann eine solche Kennzeichnung der nach der Revolution eingeleiteten Sturm- und Drangperiode nicht als stichhaltig angesehen werden. Letzten Endes waren es doch tief in dem Wirtschaftsleben wurzelnde Ursachen, welche die Arbeiterschaft dazu trieben, eine höhere Entlohnung anzustreben. Schon vor Beendigung des Krieges befand sich die deutsche Arbeiterschaft in einer gegen die Vorkriegszeit erheblich verschlechterten Lebenslage. Nach einer kurzen vorübergehenden Senkung der Warenpreise kam es dann im Laufe des Jahres 1919 zu einer unaufhaltsamen, sprunghaften Steigerung der Kosten der gesamten Lebenshaltung, die eine unbeschreibliche Verelendung der Volksmassen zur Folge gehabt hätte, wenn dieser Aufwärtsbewegung der Preise nicht in dem gleichen aufsteigenden Tempo die Erhöhung des Lohnneinkommens gefolgt wäre. Lediglich von diesen Gesichtspunkten ausgehend, sind die wirtschaftlichen Bewegungen der Arbeiterschaft im Jahre 1919 zu betrachten. Es ist für sie besonders kennzeichnend, daß sie sich in dem gleichen Verufen und Petrieben in rascher Aufeinanderfolge im Laufe des Jahres mehrfach wiederholten und häufig sich nicht in dem Rahmen der sonstigen gewerkschaftlichen Taktik vollzogen.

An der Statistik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes für 1919 sind 22 Zentralverbände beteiligt. Diese hatten im Jahre 1919 zusammen 20 433 Bewegungen, die sich auf 42 249 Orte, 349 166 Betriebe mit 7 986 515 darin beschäftigten Personen erstreckten. An den Bewegungen waren beteiligt 7 435 700 Personen. Gegenüber dem Jahre 1918 ergibt sich ein Mehr von 15 574 Bewegungen und 4 996 062 Beteiligten. Von den gesamten Bewegungen nahmen 22 760 mit 6 671 249 Beteiligten einen friedlichen Verlauf und 3064 führten zu Arbeitseinstellungen, von denen 764 180 Personen betroffen wurden. Bis auf wenige Fälle waren alle ohne Arbeitseinstellung verlaufene Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zur Erreichung von Lohnserhöhungen unternommen. Nur bei 237 Bewegungen mit 13 065 Beteiligten handelte es sich um Abwehr von Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Diese historischen Gedankengänge waren Wilhelm Weilling noch fremd. Sie waren ihm ebenso fremd wie das moderne Fabrikproletariat. England mit seiner Großindustrie hatte Weilling, als er auf der Höhe seines Schaffens stand, noch nicht gesehen, und im übrigen Europa steckte der Industrialismus noch in den Kinderschuhen. Weilling fehlte daher der notwendige Weitblick, den Sozialismus wissenschaftlich zu erforschen. Sein Kampfesruf galt daher nur dem Handwerksproletariat. Weilling ist also trotz seiner Verdienste um die Arbeiterbewegung nur noch eine historische Person. Und doch ragt er über die Klippen, deren Schüler (vornehmlich Jouriers) er war, weit hinaus. Den Köhlerglauben seiner Lehrer, die herrschenden Klassen würden schon rechtzeitig erkennen, daß das Massenend durch den Sozialismus beseitigt werden müsse, teilte er nicht. Die Arbeiter rief er zum Kampfe auf. Er war der erste, der erkannte, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter selbst sein müsse.

Wilhelm Weilling wurde am 5. Oktober 1808 in Magdeburg geboren. Er war uneheliches Kind einer Proletarierin. Sein Vater hingegen war der französische Offizier Terizon. Weilling hat das Andenken seines Vaters immer in Ehren gehalten, ja sogar einem seiner Söhne den Namen seines Vaters gegeben. Daraus ist zu schließen, daß die Eltern nicht nur in einem vorübergehenden Verhältnis zueinander gestanden haben. Leider hat Weilling den Vater schon frühzeitig verloren. Im russischen Feldzuge Napoleons 1812 ist Terizon verstorben. So hat Weilling vom vierten Lebensjahre ab alles Elend eines unehelichen Proletariatskindes durchmachen müssen. Er selbst sagte, es sei so bitter gewesen, daß er ein Grauen davor empfand, darüber zu schreiben. Trotzdem hat seine Mutter es ermöglicht, daß er die mittlere Bürgerschule besuchen und die Damenschneiderlei erlernen konnte.

Weillings grenzenlose Abneigung gegen den Militarismus trieb ihn im 20. Lebensjahre aus Preußen hinaus. Die Vorkämpfer, die ihm die Bürokratie bereitete, hat seine Abneigung gegen das herrschende Regime stark gefördert. Als 1830 die Pariser Juli-

Von den 3664 Bewegungen, die zu Arbeitseinstellungen gegen führten, waren 3378 mit 636 065 Beteiligten, Angriffstreiks. In 2899 Fällen lagen ihnen Lohnforderungen, in 300 Fällen Forderungen auf Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit; und in 33 Fällen nur die Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit zugrunde; 146 Streiks entstanden aus sonstigen Ursachen. Daß die zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geführten Streiks nur eine geringe Minderheit ausmachen, ist auf die gesetzliche Einführung des Achtstundentages zurückzuführen. Abwehrtreiks fanden 228 statt, an denen 59 787 Personen beteiligt waren. In 83 Fällen wurden sie durch Maßregelungen und in 60 Fällen durch Lohnreduzierungen verursacht. In 13 weiteren Fällen wurde gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und in zwei Fällen gegen den verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft. Aus sonstigen Ursachen entwickelten sich 68 Streiks. Aussperrungen wurden von den Unternehmern in 60 Fällen unternommen, die 68 008 Personen, darunter 23 747 weibliche, in Mitleidenschaft zogen. In 31 Fällen waren Forderungen der Arbeiter, in 15 Fällen die Nichtannahme einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und in 9 Fällen Streiks die Veranlassung zu den Aussperrungen. In weiteren 7 Fällen handelte es sich um andere Ursachen.

Die Durchführung der gesamten Bewegungen verursachte den beteiligten Zentralverbänden eine Gesamtausgabe von 28 882 375 Mk. Davon kommen auf die Arbeitskämpfe 37 142 771 Mk. Die Angriffstreiks erforderten 34 819 528 Mk., die Abwehrtreiks 836 044 Mk. und die Aussperrungen 1 137 109 Mk. Kosten.

Das Jahr 1919 steht mit seinen wirtschaftlichen Bewegungen abseits der Regel, daß ihr Erfolg in erster Linie bedingt ist durch die allgemeine ökonomische Lage. Diese war der erfolgreichen Durchführung von Bewegungen so ungünstig wie nur irgend möglich. Die Waffenstillstandsbedingungen führten eine unsanftige Senkung der Produktion, die größtenteils durch den langdauernden Kriegszustand auf die Vertriebung der Kriegsbedürfnisse eingestellt war, herbei. Die Umstellung der Betriebe auf die Friedenswirtschaft war erschwert durch den Mangel an Rohmaterialien, und die aus dem Felde zurückkehrenden Massen vermehrten das Heer der Arbeitslosen ins Ungemeine. Wenn trotzdem durch die Bewegungen Erfolge in einem noch nie dagewesenen Umfange und einer beispiellosen Höhe erzielt wurden, so ist dieses besonders nach Faktoren und treibenden Kräften zuzuschreiben. Es waren die Bewegungen Massenbewegungen in des Wortes vollster Bedeutung. Die Unternehmer wagten es nicht, diesem Massensturm schärfsten Widerstand entgegenzusetzen.

Die Zusammenfassung der Erfolge aller Bewegungen stellt sich folgendermaßen dar: Es endeten 21 301 = 81,7 v. H. (1918:

79,9) erfolgreich und 4413 = 16,7 v. H. (1918: 10,5) teilweise erfolgreich. Es waren beteiligt an den erfolgreichen Bewegungen 6 583 131 Personen = 75,2 v. H. (62,9) und an den teilweise erfolgreichen Bewegungen 1 681 822 Personen = 22,6 v. H. (36,2). Erfolgreich blieben 171 Bewegungen mit 19 147 Beteiligten. In 243 Fällen mit 139 279 Beteiligten wurde der Ausgang nicht bekannt und 25 Bewegungen (Streiks) mit 2330 Beteiligten waren am Jahreschlusse nicht beendet. Bei den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung sind die Erfolgszahlen günstiger als bei allen Bewegungen zusammen genommen, die beeinflusst werden durch die etwas geringeren Erfolge der Streiks. Es endeten von den friedlich verlaufenden Bewegungen 18 900 mit 6 201 786 Beteiligten erfolgreich und 3854 Bewegungen mit 1 358 745 Beteiligten teilweise erfolgreich. Der Ausgang der Streiks war in 2660 Fällen mit 361 633 Beteiligten erfolgreich und in 538 Fällen mit 280 134 Beteiligten teilweise erfolgreich. Von den Angriffstreiks blieb der Ausgang in 234 Fällen unbekannt. Auch über den Ausgang von 5 Aussperrungen, von denen 1337 Personen betroffen wurden, liegen keine Angaben vor. Soweit über die Aussperrungen berichtet wurde, endeten 31 mit 9412 daran beteiligten Personen mit einem völligen Misserfolge der Unternehmern, 21 mit 42 940 Beteiligten weisen einen teilweisen Erfolg auf und nur in 3 Fällen hatten die Unternehmer mit diesem Kampfmittel einen vollen Erfolg.

Es wurden durch die Bewegungen für insgesamt 7 257 006 Personen Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt. Es erreichten 797 825 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von zusammen 6 129 465 Stunden, 6 470 960 Personen eine Lohnerhöhung von zusammen 144 337 487 Mk., die Woche und 4 761 819 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Im Durchschnitt kommt auf jede Person eine Arbeitszeitverkürzung von 74 Stunden und eine Lohnerhöhung von 22,31 Mk. die Woche.

Gegenüber dem gewaltigen Maß an Erreichtem fällt das, was durch die Bewegungen außerdem an Verschlechterungen abgewendet wurde, kaum ins Gewicht. Es wurden abgewehrt für 337 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 3531 Stunden und für 17 981 Personen eine Lohnkürzung von 264 657 Mk. die Woche. Maßregelungen von Personen wurden in 119 Fällen, verlangter Austritt aus der Organisation in 4 Fällen und sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen in 163 Fällen für 17 680 Personen abgewiesen.

In 11 501 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Abschlüssen von Tarifverträgen, die für 4 608 879 Personen Geltung hatten.

Bei der Beurteilung der zahlenmäßig nachgewiesenen Erfolge muß man sich vergegenwärtigen, daß Arbeitszeitverkürzungen und

Revolution ausbrach, arbeitete Weitzing gerade als Damenschneider in Leipzig. Sie wirkte auf ihn so stark, daß er auf eine deutsche Revolution und deutsche Republik hoffte. Kabitale Artikel, die er an das „Leipziger Tageblatt“ sandte, wurden natürlicherweise meistens nicht aufgenommen. Die in Leipzig ausgebrochene „drollige Revolutionspötte“, wie sie Weitzing selbst bezeichnete, widerte ihn, infolge des kläglichen Verhaltens des Spießbürgertums und der anfangs so radaulustigen Studenten, an. Er ging nach Wien.

Die Wiener Zeit nannte Weitzing selbst seine Glückszeit, verdiente er doch den für die damaligen Verhältnisse fast sattebelhigen Lohn bis zu 70 Gulden pro Woche. In Wien hat Weitzing sicher auch viel Zeit zu seiner Weiterbildung gefunden. Gedanken, wie dem Proletariat zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen sei, beschäftigten ihn stark.

Das Fehlen von Menschen mit proletarischem Empfinden trieb ihn nach Paris. Hier fand er Betätigung im „Bund der Gerechten“, der 1836 aus dem zwei Jahre früher gegründeten „Bund der Gerechten“ hervorgegangen war. Diese Organisation bestand aus politischen Flüchtlingen, vornehmlich Handwerkgesellen aus Deutschland. Sie strebte kommunistischen Zielen zu, im Sinne des Volkstribunen Gracius Babeuf aus der großen französischen Revolution. Trotzdem Weitzing in Paris viel schlechter als in Wien erging — betrug doch sein Jahresverdienst als Herrenschneider bei langer Arbeitszeit nur 700 Franken jährlich —, stürzte er sich in das Studium der sozialistischen Systeme und arbeitete eifrig im Bund der Gerechten. Bald erhielt er von der Bundeszentrale den Auftrag, in einer Schrift die Möglichkeit der Gütergemeinschaft nachzuweisen. Das Resultat war seine 1838 erschienene Erstlingschrift: „Die Menschheit wie sie ist und wie sie sein sollte“. Welche Schwierigkeiten das Schreiben dieses Buches für Weitzing bedeutete, kann man ermessen an der Tatsache, daß er nach vollendeter Tagesarbeit als Schneider, die um 10 oder 11 Uhr abends erst endete, damit beginnen konnte. Wie diese Energie Weitzings, verdiente auch der Opfermut seiner Freunde und das Zustandekommen und die Verbreitung seiner Schrift Bewunderung.

Einige gaben ihre Zimmer her für die Arbeit, die im Geheimen geschehen mußte. Andere übernahmen während der Nacht das Setzen, Drucken und Brochieren der Schrift. Dritte verpfändeten ihre Uhren, um Geld für diesen Zweck flüssig zu machen. 2000 Exemplare wurden gedruckt und zum Teil nach Deutschland geschmuggelt, wobei sich besonders der Schuhmachergeselle Jakob hervortat.

Mit dieser Schrift trat Weitzing als erster deutscher Theoretiker des Kommunismus in die Öffentlichkeit. Mit den Utopisten verband ihn zwar noch der detaillierte Plan eines kommunistischen Zukunftsgebäudes. Aber über sie und selbst über Babeuf ging er hinaus, indem er die Arbeiter zur Massenerhebung aufrief.

Durch einen Putz der Gesellschaft der Jahreszeiten am 12. Mai 1839 wurde auch der Bund der Gerechten in Mitleidenschaft gezogen und von der Reaktion vollständig zerprengt. Ein Teil rettete sich nach London und gründete dort den Bund neu. Die Pariser Mitglieder sammelte Weitzing wieder. Er ging dann, mit 30 Franken ausgerüstet, nach der Schweiz, um dort für den Bund und den Kommunismus zu agitieren.

Die Schweizer Zeit stellt für Weitzing den Höhepunkt seiner Schaffens und seiner Erfolge dar. Sein Experiment mit den kommunistischen Speiseanstalten scheiterte allerdings, weil es mehr oder weniger ein utopistisches Unternehmen war. Auf Wunsch seiner Freunde gab er das Schneiderhandwerk auf und widmete sich um großen Entbehrungen agitatorischen und literarischen Arbeiten. Er begründete er die Monatsschrift „Hilferuf der deutschen Jugend“, später in „Junge Generation“ umgetauft wurde. Bald darauf schien auch sein bedeutendstes Buch „Garantien der Harmonie und Freiheit“. Dieses Buch ist eine wesentliche Vervollkommenung seiner ersten Schrift, dessen Mängel er trotzdem selbst nicht verkennet. Darin aufgebaute Utopie beispielsweise sieht er keineswegs als Weitzing legten Schluss an. Das Buch ist 1908 von Dr. Fr. Wehring im Vorwärtsverlag mit einer umfangreichen biographischen Einleitung neu herausgegeben worden. Wir können nur wünschen, daß es in diesen Tagen wieder eifrige Leser finden möge.

• Staatsarbeiter •

Die bayerischen Remonteamts- und Staatsgutsarbeiter waren noch nie auf Rollen gebettet, soweit ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Frage kommen. Früher, als ihre Arbeitsstätten noch Militärbetriebe waren, wurden sie mit der militärischen Anweisung und mit Brocken abgepeitscht, heute mit der Hungerpeitsche der bayerischen Staatsministerien. Es handelt sich um jene Remonteamts- und Staatsgüter, um die sich vor kurzem zwei bayerische Minister vor aller Öffentlichkeit zum Gaudium des ganzen bayerischen Volkes abstritten, weil jeder der oberste Beamte sein wollte. Dieser Streit spielte sich nicht etwa deshalb ab, weil diese Güter viel Ueberschuß abwarfen! Nein, aus ganz anderen Gründen. Rentabel sind diese Staatsgüter nicht, sie haben sogar ein großes Defizit zu verzeichnen. So sagt man uns wenigstens, wenn wir für die notleidenden Arbeiter höhere Löhne verlangen. Das Gegenteil ist bis jetzt noch nicht erwiesen, weil man den Betriebsräten keine Einsicht in die Bücher erlaubt und auch keine Betriebsbilanz, wie es die §§ 71 und 72 des Betriebsrätegesetzes vorschreiben, vorlegt. Staatsbetriebe machen, wie die bisherige Erfahrung geklärt hat, immer eine Ausnahme, so auch hier. Wahrscheinlich hat man es da oder dort nötig, sich vor der Öffentlichkeit zu scheuen, darum die Geheimnistuerei. Wenn es also nicht die Rentabilität ist, die die beiden Minister in Hornisch gebracht hat, so müssen es andere Gründe sein. Das Finanzministerium will es behalten, weil sie Ueberschüsse bringen müssen und Herr Buzghöfer will sie haben, damit ja die Lohn- und Arbeitsbedingungen in „gerechter“ Weise den übrigen landwirtschaftlichen Arbeitern angeglichen werden. Beide Ministerien wollen also das gleiche Ziel, sie wollen auf Kosten der Arbeiter die Rentabilität der Betriebe sichern und hohe Ueberschüsse herauswirtschaften. Ob diese in Frage kommenden Arbeiter dann verhungern, scheint manchen Kreisen gleich zu sein. Am 29. Dezember 1920 hatten im Regierungsgebäude von Oberbayern Tarifverhandlungen für die vorerwähnten Arbeiter stattgefunden. Sie sind nach vierstündiger Debatte gescheitert, weil die Herren Ministerialvertreter die harte Erklärung abgaben, daß sie grundsätzlich für die landwirtschaftlichen Staatsarbeiter keine höheren Löhne als in den übrigen Landwirtschaftsbetrieben bezahlt werden, bewilligen können. Also die Arbeiter müssen hungern, weil die Ministerien einseitig die Interessen der Landwirtschaft, allen voran aber die des Großgrundbesitzes, vertreten. Alles schwieg, als ein Vertreter der Arbeiter die „arme“ Landwirtschaft schätzte, die gerade bei dem „unrentablen“ Großgrundbesitz so in „Armut“ ausarte, daß von dieser Seite, besonders in Norddeutschland, sogar noch reichliche Mittel zu politischen Zwecken fließen. Daß die Großgrundbesitzer und Bauern ihre Arbeiter weiter über die Tariflöhne der Landarbeiter hinaus bezahlen, um ihre tüchtigen Arbeitskräfte zu erhalten, und daß in der Privatlandwirtschaft nennenswerte Trinkgelder fließen, die es auf den Staatsgütern nicht gibt, nahmen die Herren nur zur Kenntnis. Mit einem Wort gesagt: Automaten hätten nicht schöner funktionieren können als die Vertreter der obersten Behörde, mit denen ja verhandelt werden sollte. Aber sie waren persönlich nicht daran schuld, sie wurden geschickt und hatten auftragsgemäß zu handeln. Daß unter diesen Umständen die Verhandlungen scheitern mußten, war vorauszu sehen, weil sich die Arbeiterkraft und ihre Vertretung eine solche Diktatur und Gewaltanwendung nicht gefallen lassen konnte. Als Dezemberprozentum haben die Arbeiter dieses unverantwortliche Vorgehen dieser Herren Arbeitgebervertreter bezichtigt. Die Arbeitnehmer haben im weitgehendsten Maße Entgegenkommen gezeigt: sie haben erklärt, sich sofort den Löhnen der übrigen Landarbeiter anzuschließen, wenn diese auskömmlich und existenzmöglich sind. Sie erklärten weiter, daß sie keine Extramurks beanpruchen, sondern nur verlangen, daß sie sich mit dem Verdienst ihrer Arbeit durchhängen können, bis endlich andere Lebensverhältnisse kommen. Aber auch das gefand man nicht zu. Man wollte den Arbeitern kürzere Löhne, als in diesen Betrieben jetzt bezahlt werden, zugestehen. Auf der einen Seite bis zu 50 Proz. Preiserhöhung, auf der anderen Seite Lohnabzug. Man könnte das alles noch verstehen, wenn die jetzt bezahlten Löhne übermäßig hohe wären. Das sind sie nicht, wie wir am besten durch die nachstehenden Zahlen selbst beweisen können. Winterlöhne für vollwertige Arbeiter:

Winterlöhne	Jetzige Löhne		Reparaturlöhne	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen
unter 16 Jahren . . .	11,75	10,15	3,65	6,90
zwischen 16 u. 18 Jahren . . .	15,15	12,85	13,20	10,55
über 18 Jahre . . .	18,50	15,40	17,55	14,05
Diese „fürstlichen“ Löhne ergeben folgende Stundenlöhne:				
unter 16 Jahren . . .	1,44	1,27	1,08	0,88
zwischen 16 u. 18 Jahren . . .	1,89	1,60	1,65	1,32
über 18 Jahre . . .	2,31	1,92	2,19	1,76

Das gleiche Verhältnis ergibt sich bei den Sommerlöhnen. Die Öffentlichkeit kann sich darüber selbst ein Urteil bilden, ob die Arbeiterkraft bei dieser teuren Zeit mit diesen wirklichen Hungerlöhnen auskommen kann. Vernünftige Menschen, die nicht von

Bureaucratismus und von einseitigen Bauerninteressen belangen sind, die nach rein gerechten und gesunden Gründen entscheiden, werden ein anderes Urteil fällen als diejenigen Herren, die hierüber die Verantwortung tragen müssen. Nun besteht von jetzt an für diese Arbeiter eine tariflose Zeit; sie werden in das tarifvertragsmäßige Verhältnis wieder zurückkehren, sobald es den Staatsbehörden beliebt, andere Angebote zu machen. Sie müssen also von ihrem Standpunkt abweichen. Gelschicht das nicht, so wird eine wirtschaftlicher Kampf unvermeidlich sein, dann wird keine Schlichtungsinstanz eine Einigung erzielen können. Kommt es zur Explosion, so trifft die Verantwortung allein diese Behörden, die die Verhandlungen scheitern ließen. Die Abrechnung wird also kommen, denn die Elementarkraft ist stärker als der Mensch; der Hunger und die Not kennen kein Gebot. Das mögen sich auch die obersten Regierungsbehörden tief in das Gedächtnis einprägen.

Munich. Die beim Reichsverpflegungsamt beschäftigten Arbeiter haben unter den Launen des Rechnungsrats März zu leiden. Der Herr kann sich von dem früheren militärischen Drill- und Schikanierungssystem nicht trennen. Er wahrte sich immer noch als Tiktator und Autorität. Betriebsrätelegeln und Tarifvertrag bringen ihn ganz aus dem Häuschen. Offiziell erklärte Herr März, das Betriebsrätegesetz müsse wieder verschwinden. Dem Betriebsrat möchte er zu gern die wenigen Rechte streifen. Da dieser sich das nicht gefallen läßt, kommt es oft zu widerlichen Szenen. Da glaubt der Herr Rechnungsrat auf dem früheren Kasernehaufe zu sein und dumme Rekruten vor sich zu haben. Dabei sind von den 47 Arbeitern neben 11 Kriegsinvaliden Leute, die 10 bis 35 Jahre beim Amt in Arbeit stehen. Aus Rücksicht auf die Kriegsinvaliden leisten die anderen Arbeiter außerordentlich viel und müssen statt Anerkennung Beleidigungen und Beschimpfungen über sich ergehen lassen. Arbeiter, welche schon lange im Betriebe sind, können es nicht verstehen, daß fortgesetzt ein Aufsichtsorgan vor ihnen steht und ihnen auf die Finger schaut, als wenn sie Suchtkrankheitsfälle wären. Weniger Aufsichtsorgane, die von Zeit zu Zeit die Kontrollen vornehmen würden, wenn nach Ansicht des Rechnungsrates unbedingt sein müßten, würden Geldersparung bedeuten und die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter nicht so beeinträchtigen als die unwürdige Dauerbeaufsichtigung. Ein Beispiel, wie die Arbeiter schikaniert werden, soll hier erwähnt werden. Vor einiger Zeit waren tagelang Eisenbahnwaggons im Betriebe zu beladen. Trotzdem zu diesem Zwecke Rollwagen auf der Verladung standen, mußten die Arbeiter die schweren Säcke auf der Schulter den weiten Weg zum Eisenbahnwagen schleppen. Der Herr Rechnungsrat wollte es so haben. Beim Kistenmachen paßte es einem Arbeiter, daß ein Nagel seitlich herausging, was bei der Verwendung von gebrauchten Nägeln doch leicht vorkam. Darüber machte der Herr eine Standpauke, daß man es in der zweiten Stad bis auf den Hof höre. Die Leute taugen nichts, leisten nichts, sie gehörten verpackt, hinausgeworfen, und so geht weiter, bis er sich ausgetobt hat. In anderen staatlichen Betrieben herrschen solche Zustände nicht. Dort versteht man mehr den Wert der neuen Zeit und beachtet das Betriebsrätegesetz und beeinträchtigt nicht die Rechte des Betriebsrats. Es wäre am Platze, die übergeordnete Stelle, das Landesfinanzamt, dem Herrn Rechnungsrat beibringt, wie er sich als Arbeitgebervertreter den Arbeitern gegenüber zu verhalten hat.

• Landstraßenwärter •

Bezirk Pforzheim. Die Versammlung der Straßenwärter 9. Januar nahm Stellung zu der schwebenden Lohnbewegung. Vollständig waren sie, zum Teil aus den entlegensten Orten des Reichs kommend, erschienen. Sie haben damit bezeugt, daß sie an dem Gang der Lohn- bzw. Tarifverhandlungen lebhaft interessiert sind. Den Bericht gab Kollege Hagenmayer. Nach diesem Bericht die Eingabe der Straßenwärter an die Petitionskommission des Reichstags überwiesen worden. Es war wenig Aussicht auf Erfolg. Sie haben Gausleitung, Lohnkommission und die Vertreter der Kreise als Landestoristen ausgearbeitet. Der Kreisvertretertag in Pforzheim habe sich auch mit der Lohnfrage befaßt und 11 Mitglieder die Kommission bestimmt. Die Organisationen entsenden 10 Mitglieder in die Kommission, zu denen, als Vertreter des Arbeiterministeriums, Herr Oberregierungsrat Dr. Rigmann und ein Vertreter der Wasser- und Straßenbauinspektion kamen. Diese Kommission tagte in Freiburg am 11. Dezember. In dieser Sitzung ist Oberbürgermeister Meister Bruchsal aus, daß eine einheitliche Regelung der Lohnverhältnisse bei den Straßenwarten nicht möglich sei. Die Verschiedenheit der Kreise lasse nicht zu, daß, nach dem Abschlag des Verbandes, nur drei Klassen eingeführt werden. Kreisaustrüßler wären bereit, eine Besserung in der Lohnfrage beizuführen, wenn die Löhne nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Straßenwärter gestaffelt werden. Nach dem Entwurf, den Referent bekanntgab, soll der Grundlohn einheitlich im ganzen Reich pro Jahr 2000 Mk., steigend alle zwei Jahre um 100 Mk., bis 3000 Mk. betragen. Als niedrigste Leierungszulage soll 1200 Mk. höchste 5700 Mk., je nach den wirtschaftlichen Verhältnissen der Kreise, gerechnet, gewährt werden. Lebige sollen nur 75 Proz. der Teuerungszulage erhalten. Die Kinderzulage soll 10 Proz. der Teuerungszulage betragen.

reffen belangen den entscheiden, die hierüber on jetzt an für tarifvertragsbe atsbehörden be also von ihrem d ein wirtschaft- pflichtungsinflu- plosion, so tritt Verhandlungen nmen, denn da- ger und die Not- ten Regierungs-

ungsamt be- Rechnungsrats- früheren militä- ren. Er wahr- ebschläge und- chen. Offentlich- wieder verschwin- en Rechte freige- kommt es oft zu- ungstrat auf dem- ten vor sich zu- t Kriegsinvaliden- zehen. Aus Rück- Arbeiter außer- reidigungen und- ter, welche schä- n, daß fortgehe- die Finger schau- t Aufsichtsorgane- wurden, wenn die- mühten, wenn die- Zeit der Arbeiter- merbeaufsichtigung- soll hier erwähn- bahnwagen mit- te Vollwagen zur- ren Sätze auf der- schleppen. Der Herr- zumachen passierte- ging, was bei der- leicht vorkommt- daß man es von- taugen nichts, lie- un, und so geht es- aalichen Betrieben- an mehr den Geis- en und beeinträc- te am Rande, daß- dem Herrn Red- vortrater den Ar-

Straßenwarte an- ohnbewegung. In- en Orten des Bezir- et, daß sie an dem- oft interessiert sind- ch diesem Bericht in- ommission des Land- ti auf Erfolg. Nun- ter der Kreise einer- ertretaria in Offen- und 11 Mitglieder in- entsenden 10 Mit- reter des Arbeit- mann und ein Ver- kamen. Diese Kom- dieser Sitzung führt- daß eine einheitlich- warten nicht möglic- daß, nach dem Be- führt werden. Da- der Lohnfrage herbe- stlichen Verhältnis- im Entwurf, den dem- lich im ganzen Land- im 100 Mt., bis 200- ge soll 1200 Mt., als- erhältnissen der Warte- 75 Proz. der Feuerun-

lage pro Jahr betragen. Weiter soll ein Ruheohn- und Hinter-
ebenversorgungstatut ausgearbeitet werden. Die Vertreter der
arte verlangten, daß nur vier Klassen gemacht werden. Die Kinder-
age soll nicht unter 40 Mt. monatlich betragen. Ferner soll die
uerungszulage nicht mehr wie ein Drittel des Gesamteinkommens
n, d. h. die Grundlöhne sollen höher sein. Es wurde nun eine sechs-
edrige Kommission bestimmt (Oberbürgermeister Meißner-Bruchsal,
ppert-Baden-Baden, Prof. Pfeiffer-Reßbach als Vertreter der
eiserwartungen und Bück, Koch und Fäßbender als Vertreter
Arbeiter), die die weiteren Verhandlungen zu führen hatte. Beide
eien sind mit dem Abschluß eines Lohn tariffs einverstanden, der
1. April in Kraft tritt. Einzelheiten bleiben vorbehalten. Es
den vier Klassen geschaffen, und zwar von 4500 bis 5000 Mt., 5000
5500 Mt., 5500 bis 6000 Mt. und 6000 bis 6500 Mt. Landwirte
en eine Klasse tiefer sein wie Nichtlandwirte, die nur auf den
dienst angewiesen sind. Die Kinderzulage beträgt in Klasse 1
Mt., in Klasse II 40 Mt. monatlich. Die Ledigen erhalten nur
Proz. der Feuerungszulage. — In der Aussprache, die sich an den
nicht angeschlossen, wurde darauf hingewiesen, daß verschiedene Bürger-
ster dem Kreisaußschuß nicht richtig berichten. Manches minder-
rige Süd Land, das mit vieler Mühe nach Feierabend bearbeitet
de, unter Mitwirkung von Söhnen und Töchtern, werde den
rien als vollwertig angerechnet. Auch Vieh, das den verheirateten
bern der Warte gehört, aber im Stall des Balers steht, wird
den als zum Viehbestand zählend gerechnet. Als Selbstversorger
ne keiner der Straßenwarte im Bezirk bezeichnet werden. Früher
te keiner, der nicht ein wenig Geld hatte, den Dienst eines
phenwarts übernehmen, denn mit dem damaligen Lohn konnte
er eine Familie ernähren. Viele Klagen wurden auch laut, weil
Kleiderfrage vernachlässigt wird. Mit einigen Warte Kleidergeld
nichts anzufangen. — Folgende Entschlüsse fand Annahme:
am 9. 1. 21 verammelten Straßenwarte des Bezirks Forstheim
teilen auf das Entschieden die Art und Weise, wie gegen die
Straßenwarte Stimmung gemacht wird. Da von Selbstversorger bei
m nicht gesprochen werden kann, glauben sie, daß eine derartige
stellung der Löhne, wie sie vorgelesen ist, nicht notwendig ist.
sind der Meinung, daß, wenn alle die gleiche Arbeitsleistung
machen haben, auch alle die gleichen Bezüge, ob es nun Lohn,
uerungszulage, Kinderzulage oder sonstige Bezüge betrifft, haben
en. Auch mit den Ledigen soll kein Unterschied gemacht werden.
enn die oft zahlreichen Familienangehörigen der Warte durch
tliches Schaffen, durch parsame Zurückhaltung bei gewissen Lebens-
üssen, die sich die anderen leisten, es dem Familienoberhaupt er-
güßlich haben, sich ein kleines Anwesen zu erwerben oder weiter-
ühren, dann hat der Kreisaußschuß nicht das Recht, das Oberhaupt
der Familie, das zum größten Teil auch in einer Zeit, wo der
Straßenwarte nicht um sein Los beneidet wurde, in den Diensten des
tles gefangen hat, als Selbstversorger zu behandeln. Die Warte
langen, daß die Organisationsleitung die nötigen Schritte unter-
nimmt, damit beabsichtigte Härten unterbleiben und daß den berech-
ten Wünschen der Warte mehr Rechnung getragen wird."

Diepholz. Am 2. Januar haben sich auch die Landstraßen-
und aussewärter des Kreises Diepholz unserer Organisation ange-
schlossen. Die Arbeiter des Landes-Bauamts Nienburg und der
Kreise sind jetzt vollständig in unserer Organisation. Die ge-
samte Arbeit wird bessere Frucht bringen.

Döbelitz. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am
Januar unserer Filiale, die sich aus den Provinzial- und Kreis-
gewärtern im Kreise Torgau zusammenfand, referierte der Gau-
schuchard über die Beschlüsse der Straßenwarterkonferenz
Halberstadt am 8. November 1920, die dahingehend ausklangen,
folgende Forderungen aufgestellt wurden: Für Lohnklasse 1
Mt., Lohnklasse 2 28,80 Mt. und Lohnklasse 3 27,60 Mt. pro
Mt. Die Versammelten erklärten sich mit diesen Forderungen ein-
verstanden. Auch wurde für Gewährung einer Kinderzulage prädiert
die Gauseitung beauftragt, bei der Verhandlung dafür einzutreten.
den Vorstand wurden gewählt: Karl Meemann, 1. Vorsitzender;
m Meemann, 2. Vorsitzender; R. Meemann, Kassierer.

Stade. In Nr. 52 53 der "Gew." haben wir die Bewegung der
aussewärter geschildert, dazu ist noch folgendes zu sagen. Das
desdirektorium in Hannover hat gegen den gefällten Schiedspruch
spruch erhoben. Die durch den Schlichtungsausschuß in Stade be-
tragte Verbindlichkeitserklärung ist erfolgt. Der Regierungsprä-
nt hat den Schiedspruch am 31. Dezember für verbindlich er-
t. Rummehr betragen die Löhne ab 15. November im Tagelohn:
en 13, Bremerode 14, Stade, Redingen, Neuhaus 15 und Jork
Mt. mehr. Im Afford 5 Mt. mehr. — Die Landstraßenwarter
Kreise Stade, Jork, Redingen und Neuhaus reichten am 25. De-
ber ihre Forderungen ein. Sie verlangen Erhöhung des Tage-
nes um 5,50 Mt. ab 15. November. Außerdem Bezahlung des
nes in Krankheitsfällen auf die Dauer von 6 Wochen. Es ist
auertlich, daß bei dieser Bewegung die Kreise Reven und Bremer-
de fehlen; erst dann wären die zum Landesbauamt Stade ge-
gen Landstrasse vollständig.

Sylt. Am 28. Dezember nahmen die Landstraßen- und
aussewärter Stellung zu unserer Organisation. Sie beschloßen
timmig den Austritt aus dem Christlichen Land- und Weinberg-
erverband und ebenso einstimmig den Uebertritt zu unserer
anisation.

• Aus unserer Bewegung •

Ammerdorf. Unter dem 21. Dezember 1920 sind die Löhne
für die im Dienste der Gemeinde stehenden Arbeiter und Ar-
beiterinnen wie folgt festgesetzt worden: 1. Vollwertige Arbeiter
über 21 Jahre 5,50 Mt. pro Stunde, 2. vollwertige Handwerker
über 21 Jahre (hierunter fallen auch diejenigen Arbeiter, die im
Kanalbetrieb beschäftigt werden) 5,80 Mt. pro Stunde, 3. Meister,
Ausscher und Vorarbeiter je 0,20 Mt. mehr pro Stunde als die
ihnen unterstellten Arbeiter und Handwerker, 4. Vollwertige Ar-
beiter unter 21 Jahren vom 14. bis 18. Jahre pro Stunde 2,50 Mt.,
vom 18. bis 18. Jahre 3 Mt., vom 18. bis 21. Jahre 4 Mt.,
5. Handwerker unter 21 Jahren 4,50 Mt. pro Stunde, 6. Voll-
wertige weibliche Arbeitskräfte vom 14. bis 18. Jahre pro Stunde
2,30 Mt., vom 18. bis 18. Jahre pro Stunde 2,60 Mt., vom
18. bis 21. Jahre 3,50 Mt. 7. Infolge körperlicher und geistiger
Gebrüchen nicht voll leistungsfähige Arbeiter mit Ausnahme
der Kriegsbeschädigten erhalten zu den jetzt bestehenden Löhnen
15 Prozent Zuschlag. 8. Für Ueberstunden ist ein Zuschlag
von 25 Prozent, für Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Pro-
zent zu zahlen. 9. Reinmachefrauen der Gemeindever-
waltung erhalten eine wöchentliche Vergütung. Dieselbe beträgt
pro Woche 60 Mt. für die Dauer des Tarifvertrages. 10. Ferner
wird für jedes Kind eines vollbeschäftigten Arbeiters oder einer
Arbeiterin eine Kinderzulage von monatlich 50 Mt. gewährt. Die
nicht voll Beschäftigten erhalten monatlich die Hälfte von diesem
Satz. 11. Vollwertige, nicht vollbeschäftigte Personen werden pro-
zentual ihrer geleisteten Arbeitsstundenzahl entlohnt. — Vor-
stehender Tarifvertrag tritt ab 1. Januar 1921 in Kraft und gilt
so lange, bis er von einer der vertragschließenden Parteien mit
einer Frist von einem Monat gekündigt wird.

Bad Ester. In der Generalversammlung am 2. Januar gab
Kollege Wunderlich den Jahresbericht. Hierauf berichtete er
über die im Dezember stattgefundene Landeskonferenz der Tarif-
kommission in Dresden. (Siehe "Gew." Nr. 1.) Aus dem Quartal-
und Jahresabluß des Kassierers war zu ersehen, daß die Kassen-
verhältnisse gut sind. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt.

Bonn. In der Generalversammlung am 5. Januar gab Kol-
lege Sport-Bonn den Jahresbericht 1920. Das letzte Lohn-
abkommen ist im Bereiche des Bauamts im Gegensatz zum Gaswerk
refrös durchgeführt. Nebenbei spukt auch wieder der Entlassungs-
teufel.

Bonn. Eine Gemeindefacharbeiterversammlung nahm am 4. Januar
das Resultat der Verhandlungen entgegen, die am Vormittag mit
dem Arbeitgeberverband in Köln ihren vorläufigen Abschluß gefun-
den hatten. Kollege Sport schilderte die Versuche der Arbeitgeber,
uns das Resultat recht schwer erreichbar zu machen. Wenn die
Bonner Kollegenschaft dem Resultat zustimmt, dann in der sicheren
Erwartung, daß keinerlei Versuche von der Stadt Bonn unter-
nommen werden, durch die leider nicht abzuwehrende "Industrie-
ausgleichsklausel" abzubauen. Kollege Heinz-Düffeldorf schilderte
ebenfalls die großen Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen.
Vorbehaltlich der endgültigen Genehmigung der Mitgliederversam-
lung des Arbeitgeberverbandes erhoben sich die Stundenlöhne für
Bonn und Godesberg für alle Arbeiter um 40 Pf. ab
1. Januar 1921. Die Verheirateten erhalten dazu ein Hausstands-
geld von 2 Mt. täglich. — Sollte man in Bonn und Godesberg ver-
suchen, mit der "Ausgleichsklausel" zu operieren, so wird man die
Arbeiterschaft auf dem Posten finden.

Bremervahren, Beckenmünde, Lehe. In diesen drei Unterweser-
städten hat sich kurz vor Jahreschluß eine Lohnbewegung abge-
wickelt, deren Ergebnis von nicht zu unterschätzender Bedeutung
geworden ist. Die städtischen Arbeiter dieser drei — wirtschaftlich
eine Einheit bildenden — Städte hatten ihren ab 1. August 1920
gültigen Lohn tarif zum 1. Dezember gekündigt und neue Forderungen
gestellt. Die Stadtverwaltungen wollten eine Kollage, die zur
Aufbesserung der Löhne berechtigt, nur für Verheiratete und
finfberche Familien anerkennen und boten demzufolge eine Ver-
heiratenzulage von 7 Mt. und eine Kinderzulage von 7 Mt.
pro Woche. Die Löhne erhöhten sie im Laufe der Verhandlungen
zwar auf 9 Mt., dagegen lehnten sie eine allgemeine Erhöhung
der Grundlöhne strikte ab. Dies uneinmütigste Verhalten der
drei Stadtverwaltungen hätte beinahe einen Konflikt herbeigeführt,
der für das Wirtschaftsleben unserer Städte recht böse Folgen hätte
zeitigen können. Die von den Stadtverwaltungen zusammen-
berufenen Finanzkommissionen waren denn auch gescheitert als
ihre Oberhäupter. Sie erkannten mit überwiegender Mehrheit
die Notwendigkeit einer allgemeinen Erhöhung der Grundlöhne an
und beschloßen, diese bei Ledigen bis zu 21 Jahren um 10 Mt.,
über 21 Jahre um 15 Mt. und bei Verheirateten um 20 Mt.
pro Woche erhöhen zu wollen. Daneben beschloßen sie die Ge-
währung einer wöchentlichen Kinderzulage in Höhe von
5 Mt. pro Kind. Die städtischen Kollegien machten sich diese Be-
schlüsse zu eigen, lehnten jedoch die bedeutend weitergehenden
Forderungen der städtischen Arbeiter ab, weil die Städte in ihrer
finanziellen Kollage zur Aufbringung der dazu erforderlichen

Mittel außerstande seien. Unsere Kollegen haben dann auch das Angebot mit übergrößer Mehrheit angenommen, so daß die Bewegung mit dem geschilderten Erfolge seine Erledigung fand. Die neuen Löhne gestalten sich demzufolge folgendermaßen:

A. Männliche Arbeiter: Gruppe I, Ungelernte: Ledige bis 21 Jahre alt im 1. Jahre 241 M., im 2. Jahre 247 M., im 3. Jahre 252 M., über 21 Jahre alt 248 M. bzw. 252 M., bzw. 257 M., Verheiratete 251 M. bzw. 257 M. bzw. 262 M.; Gruppe II, Angelernte: Ledige bis 21 Jahre alt im 1. Jahre 249 M., im 2. Jahre 253 M., im 3. Jahre 257 M., über 21 Jahre alt 254 M. bzw. 257 M. bzw. 262 M., Verheiratete 259 M. bzw. 262 M. bzw. 267 M.; Gruppe III, Handwerker: Ledige bis 21 Jahre alt im 1. Jahre 257 M., im 2. Jahre 260 M., im 3. Jahre 263 M., über 21 Jahre alt 262 M. bzw. 265 M. bzw. 268 M., Verheiratete 267 M. bzw. 270 M. bzw. 273 M.; Gruppe IV, Jugendliche: bis 15 Jahre 112 M., bis 16 Jahre 122 M., bis 17 Jahre 132 M., bis 18 Jahre 142 M. B. Weibliche Arbeiter: Ledige bis 21 Jahre alt im 1. Jahre 145 M., im 2. Jahre 147 M., im 3. Jahre 150 M., über 21 Jahre alt 150 M. bzw. 152 M. bzw. 155 M., Verheiratete 155 M. bzw. 157 M. bzw. 160 M.; Jugendliche bis 15 Jahre 105 M., bis 16 Jahre 110 M., bis 17 Jahre 120 M., bis 18 Jahre 125 M. In den obigen Sätzen tritt überall eine Kinderzulage von 5 M. pro Kind und Woche. Die Kinderzulage wird bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gewährt, sofern das Kind kein nennenswertes eigenes Einkommen (mindestens 50 M. pro Monat) besitzt. Als Kinder sollen neben den ehelichen auch gelten: für ehelich erklärte, an Kindesstatt angenommene und Stief- und Pflegekinder, wenn sie von dem Arbeiter oder der Arbeiterin überwiegend unterhalten werden. Ferner auch uneheliche Kinder, wenn der Unterhalt von dem Arbeiter als Erzeuger oder von der Arbeiterin als Mutter gewährt wird. Den Verheirateten sollen noch gleichgestellt werden: Bernuttelte und Geschiedene, welche einen eigenen Haushalt führen, sowie diejenigen Ledigen, welche einen eigenen Haushalt mit Angehörigen oder angenommenem Hilfspersonal führen. Im weiteren soll namentlich ernstlich an die Schaffung einer angemessenen Ruhegehaltstafel herangegangen werden. Die Finanzkommissionen der drei Städte wurden mit den nötigen Vorschlägen beauftragt.

Deßau. In der Generalversammlung am 11. Januar referierte Kollege Wachtendorf über die Taktik der Gewerkschaften und ihre Ziele. Den Kassenbericht gab Kollege Windberg. Der Bestand der Kasse betrug sich von 1922/23 auf 9787,47 M., erhöht; davon sind 9743,32 M. im Arbeiterentlohnverein angelegt. An Unterstufungen wurden im Berichtsjahr 1722,16 M. gezahlt. Die Mitgliederzahl stieg von 295 auf 338. Einstimmig wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Erlangen. In der Generalversammlung am 2. Januar 1921 gab Kollege Buch den Geschäftsbericht des verflossenen Jahres. Die Neuwahl der Verwaltung ergab 1. Vorsitzender Hartmann, 2. Vorsitzender Langstrib, Kassierer Kraus, Schriftführer Hofstätter. Kollege Hartmann erstattete dann den Kartellbericht. Zu einer längeren Aussprache führte der Bericht des Kartellrats. Die Kollegen waren mit seiner bisherigen Tätigkeit zufrieden und sprachen ihm ihr weiteres Vertrauen aus. Kollege Hofstätter wies noch auf die letzte Hausbesitzerversammlung hin. Er schloß den Antrag, im Kartell dahin zu arbeiten, daß aus den Gewerkschaften heraus eine Mietervereinigung ins Leben gerufen wird, um so einen festen Damm den Hausbesitzern entgegenzusetzen.

Fraustadt. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 4. Januar gab Kollege Köhr Bericht über die Kassenverhältnisse. Es wurde beschlossen, den Kassenbestand bei dem Bankverein E. G. m. b. H. einzuzahlen. Der Vorsitzende gab dann bekannt, daß über unsere Lohnforderung der Schlichtungsausschuß entschieden wird. Der alte Vorstand wurde wieder einstimmig gewählt.

Godesberg. In der Generalversammlung am 5. Januar gab Kollege Sportmann einen Überblick über das abgelaufene Jahr 1920. Dem Bericht über die Verhandlungen mit dem A. G. B. stimmte die Versammlung zu. Besonders sei erwähnt, daß die bisher vom Beigeordneten Frigen vertretene Ansicht über den Begriff „vollwerbsfähige“ Arbeiter eine Korrektur erfuhr, unserer vertretenen Behauptung entsprechend, daß die jetzt in den Gemeinden alt und grau gewordenen Kollegen nach den vollen Sätzen des Tarifs zu entlohnen seien.

Grimma. In der Hauptversammlung am 3. Januar hielt Kollege Schuchardt einen Vortrag. Bei Jahresabschluss hatte die Filiale 73 Mitglieder. An die Hauptkasse wurden abgeführt 1159,30 M. In der Lokalkasse verblieben 1052,32 M. Bei der Wahl des Vorstandes wurde Mag. Bormann, Schulstr. 11, zum 1. Vorsitzenden, Oswald Röckel, Hohe Str. 20, zum Kassierer und Paul Gehm, Oberwerder Str. 2, zum Schriftführer bestimmt.

Hanse. In der Mitgliederversammlung am 21. Dezember wurde beschlossen, die 78 Kollegen umfassende Mitgliedschaft von der Filiale abzutrennen und eine eigene Filiale zu errichten. Als Vorsitzender wurde Kollege W. Siepmann, als Kassierer Ed. Haupt, als Schriftführer L. Steinbach gewählt.

Löbau i. S. In der Generalversammlung am 9. Januar gab Kollege Heinke den Jahresbericht. Der Filialkassenbestand erhöhte

sich von 412 M. auf 2243 M. Der Mitgliederbestand betrug Anfang 1920 220 und fiel auf 198 am Ende des Jahres, weil die Lebensmittelaufteilungen aufgelöst worden sind. Als 1. Vorsitzender wurde Kollege Paul Heinke, Neumarkt 4, als Kassierer Oswald Röckel, Böttcher Straße 41, als Schriftführer Paul Koch, Hernsdorfer Straße 33, wiedergewählt. Die Entschädigungen der Funktionäre wurden erhöht. Gauleiter Wende gab dann einen Bericht über die Lohnverhandlungen der Tarifkommission.

Ludenwalde. In unserer Generalversammlung am 10. Januar gab Kollege Duerhammel einen ausführlichen Jahresbericht. In den Vorstand wurden wiedergewählt die Kollegen Hermann Duerhammel, 1. Vorsitzender, Otto Seide, 2. Vorsitzender, Richard Werner, Kassierer, Otto Sernow, Schriftführer. Ferner wurde beschlossen, den Lohnsatz, welcher die Löhne von 5,10 M. für gelernte Arbeiter und 4,80 M. für ungelernte Arbeiter vorsieht, bis 15. Februar weiterlaufen zu lassen.

Meißen. In der Generalversammlung am 4. Januar gab Kollege Göderich die Abrechnung vom 4. Quartal. Die Einnahmen betrugen 5074,51 M., die Ausgaben 1886,89 M., somit verblieb ein Kassenbestand von 3387,62 M. Die Mitgliederzahl betrug 274. Kollege Büchel stellte den Antrag, den Lokalsatz auf 50 Pf. zu erhöhen, so daß namentlich 3 M. zu entrichten sind. Diesem wurde zugestimmt. Weiter regte Kollege Büchel an, eine Zahlungsstaffel anzulegen für die Delegierten, die zu Konferenzen fahren. Er führte die Vorschläge des Hauptvorstandes an. Danach sollen gezahlt werden: 45 M. Tagesgeld, 15 M. für Übernachtung und das Fahrgehalt. Dem Vorstand wurde das Recht eingeräumt, einen Delegierten zu entsenden, wenn die Zeit zu kurz ist, darüber eine Wahl vorzunehmen. Kollege Krüger führte an, daß einzelne Kollegen den Solidaritätsbeitrag und die Extrastruermärkte noch nicht gezahlt haben. Sie sollen dazu noch extra ermahnt werden. Den Kollegen Janack, Köhler, Kott und Kahne wurden je 50 M. Notfallunterstützung aus der Lokalkasse bewilligt. Die Neuwahl des Filialvorstandes ergab: 1. Vorsitzender Bellmann, 2. Vorsitzender Büchel, 1. Kassierer Göderich, Schriftführer Kahl. Dem Vorsitzenden wurden 50 M. zur Verfügung gestellt. Seine Entschädigung wurde von 150 M. auf 250 M. jährlich erhöht. Den Kassierern sollen 10 Proz. auf die verkaufte Ware gezahlt werden und dem ersten Kassierer jährlich 50 M. extra. Der erste Schriftführer erhält jährlich 30 M.

Mittelsch. In der am 7. Januar stattgefundenen Generalversammlung wurden in den Vorstand der Filiale gewählt: 1. Vorsitzender Ghele, Kassierer Wam, Schriftführer Greulich. Die in Zukunft abzuhaltenden Monatsversammlungen wurden auf den ersten Sonntag nach jedem Monatsersten festgelegt.

Neugersdorf. In der Generalversammlung am 8. Januar gab der Vorsitzende Lude den Geschäftsbericht. Der Kassenbericht des Kollegen Hille weist auf: Einnahmen der Lokalkasse 3156,45 M., Ausgaben 1540,78 M., Kassenbestand 1615,67 M. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 5557,30 M., die Ausgaben 991,25 M. An die Hauptkasse eingelangt 4566,05 M. Mitgliederbestand 74. Die Neuwahl des Vorstandes ergab: Julius Lude, 1. Vorsitzender, Rudolf Rater, 2. Vorsitzender, Reinhold Hille, Kassierer, Hermann Herzog, Schriftführer.

Neuwahl. In der Mitgliederversammlung am 2. Januar gab der Kassierer die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt. Daraus berichtete Kollege Ostwald über die Errungenschaften der Filiale seit ihrem Bestehen (30. Mai 1920). Zum Schluß forderte er auf, sich auch politisch zu organisieren und eine wirkliche Arbeiterzeitung zu lesen.

Rosch. Die Generalversammlung am 20. Dezember nahm zunächst die Wahl der Krisenverwaltung vor. Es wurden gewählt: Hermann Reder, 1. Vorsitzender, Franz Schult, 2. Vorsitzender, Karl Hallier, 1. Schriftführer. Die Geschäfte der Filiale führt Kollege Reder. Zur Vertragsverhandlung und Erhöhung des Lokalsatzes machte der Vorstand den Vorschlag, den Beitrag von 80 auf 60 Pf. zu erhöhen und außerdem den Zuschuß aus der Lokalkasse, für kranke und erwerbslose Mitglieder auf 8 M. für die Zeit der Unterstufung zu gewähren. Desgleichen sollen die Sätze der Sterbeunterstützung von 40 und 20, auf 60 und 30 M. und die Notfallunterstützung von 50 auf 75 M. erhöht werden. In diesem Sinne soll dann das Krisenstatut geändert werden. Die Versammlung stimmt dem zu. Die erhöhte Unterstufung tritt am 1. Juli 1921 in Kraft. Den streikenden, erwerbslosen und von der Krankenkasse ausgeschloffenen Mitgliedern soll auf Vorschlag der Funktionärerversammlung eine Unterstufung aus der Lokalkasse von 20 M. gewährt werden. Außerdem werden den Kollegen Erichsen, Nierow, Schuldt und Passow wegen der langen Krankheitsdauer aus der Lokalkasse je 50 M. bewilligt. Kollege Reder berichtete dann über den Stand der Lohnbewegung. Nachdem Redner den Gang der Verhandlungen der Versammlung vorgetragen hatte, wurden die beiden Schreiben von der Stadtverwaltung und des Ministeriums verlesen. Die Bekanntgabe wurde mehrfach von Entrüstungsbewegungen begleitet, da die Versammlung eine glatte Ablehnung ihrer Forderungen nicht erwartet hatte. In der lebhaftesten Debatte wurde die gegenwärtige Zeit als ungünstig für Aufnahme des Streiks bezeichnet. In dem Schlußwort konnte Kollege Reder feststellen, daß die Debatte ergeben

habe, den Kampf zur gegebenen Zeit gemeinschaftlich mit den Leuten und Angestellten aufzunehmen. Stadtrat Dabbe hat mir mit auf den Weg gegeben, der Versammlung die zu erwartenden Lohnbestimmungen, als Pflichten auf die schmerzende Wunde zu legen, dies habe ich abgelehnt, weil es eine Einrichtung ist, die man jahrelang den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen vorenthalten hat. Der im Sinne des Schlusswortes gefasste Bescheid wurde mit 800 gegen 30 Stimmen angenommen. Danach werden die Forderungen nicht zurückgenommen, sondern vertagt.

Wohlfahrt. In der Generalversammlung am 2. Januar gab Kollege Schodde den Massenbericht und Kollege Döbeln den Jahresbericht. Es folgte hierauf die Wahl des Vorstandes der Zentrale. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Kurt Döbeln, 2. Vorsitzender 38. Kassierer Moritz Schodde, 3. Kassierer 16. Schriftführer Robert Mager.

Saarbrücken. Nachdem seit einigen Wochen eine Filiale für das Pflegepersonal sich in Sonneberg bei Saarbrücken gebildet hat, folgt als zweite nunmehr die Hauptstadt des Saarlandes, Saarbrücken. Am 27. November fand eine gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter mit der Tagesordnung: „Übertritt in den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ statt. Kollege Schoddeborn erklärte den Zweck des Übertritts. Er gedachte lobend des bisherigen Vertreters der Interessen der städtischen Arbeiter, des Verbandes der Bauarbeiter. Der Bauarbeiterverband sei aber heute nicht in der Lage, den weitestgehenden sozialen Aufschwung in den städtischen Betrieben nachzulassen, da er mit den Eigentümern der städtischen Betriebe ebenso wenig vertraut ist, wie der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mit den Eigentümern im Baugewerbe. Die Abstimmung ergab einstimmigen Übertritt aller Anwesenden zu unserem Verband.

Sagan. In der Versammlung am 7. Januar wurden in den städtischen Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Kollege Schodde, 2. Vorsitzender Heinrich Scholz, Kassierer Rothermund, Schriftführer Mager, 3. Kassierer. Der Vorstand bittet alle Kollegen in diesem Jahre etwas mehr Interesse für unsere gute Sache zu haben, und auch die Versammlungen besser zu besuchen.

Schönebeck a. d. Elbe. Am 3. Januar 1921 hielt Kollege Wachendorf in unserer Generalversammlung einen Vortrag über unsere Tarifentwicklung und ihre Begleiterscheinungen. Es wurden in den Vorstand gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Dombret, als Kassierer Rohne, als Schriftführer Pflug.

Sonneberg. Die Generalversammlung am 1. Januar wählte in den Vorstand als 1. Vorsitzenden Theodor Zeidler, 2. Vorsitzenden Albin Schardt, Kassierer Georg Rob, Schriftführer Hermann Döbrich. Der Antrag des Kollegen Döbrich, den Kolossalbeitrag von 30 auf 50 Pf. zu erhöhen, fand einstimmige Annahme. Für den 1. Vorsitzenden und den 1. Schriftführer wurde eine Vergütung von 15 Mk. pro Quartal beschlossen.

Stuttgart. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung am 22. Dezember gab der Kollege Däumler ausführlichen Bericht von der Hausbesuche. Kollege Engelhardt berichtete über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Nach dem Angebot des Arbeiterverbandes sollen ab 1. Januar 1921 die befristeten und alle über 25 Jahre alten Arbeiter einen Lohnzuschlag von täglich 2 Mk. erhalten, ebenso die nach dem Lohnstarif den Arbeitern gleichgestellten Arbeiterinnen. Die übrigen, über 21 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten 1 Mk. Das gesamte weibliche Dienstpersonal der Kantinen erhalten eine monatliche Zulage von 15 Mk. In der Debatte kam einstimmig zum Ausdruck, dass dieses Angebot in keiner Weise ausreicht, um das zum Leben notwendige Existenzminimum zu sichern. In Anbetracht der gegenwärtigen ungünstigen Situation stimmte die Versammlung jedoch dem Angebot zu. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurden Gottlob Albrecht, Leidenträger, und Johann Schittenhelm vom Vorstande wegen Vergehens gegen § 6 Ziffer 1a und c des Statuts nahezu einstimmig aus der Organisation ausgeschlossen.

Swinemünde. In der gutbesuchten Generalversammlung am 8. Januar gaben die Kollegen Rupp und Jannke den Jahresbericht. Bei der Vorstandswahl wurden zum 1. Vorsitzenden Wihl. Rupp, Jägerstr. 29, 1. Kassierer Wihl. Jannke, Gadebuschstr. 12, wiedergewählt. Da die hiesigen Gemeindearbeiter nach dem Reichstarif für Staatsarbeiter entlohnt werden, wurde der Antrag eingebracht, unter Einhaltung der Kündigungsfrist dem neuen Lohnstarif für Staatsarbeiter für die hiesigen Arbeiter Geltung zu verschaffen.

Wernigerode. In der Generalversammlung am 20. Dezember gab der erste Vorsitzende den Jahresbericht. Ab 1. Januar 1921 haben wir einen Bestand von 170 Mitgliedern. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Hartmann 1. Vorsitzender, als Kassierer Warner, als Schriftführer Kollmer. In der Besoldungsfrage wurde der Vorschlag des Vorstandes angenommen. Der Vorstand erhält 5 Proz., die Kassierer 10 Proz., Delegierte und Betriebsräte, soweit diese an Kurien und Kartellungen teilnehmen, 150 Mk. Vorstandssitzungen werden auch mit 350 Mk. entschädigt. Für die Tarifkommission wurden aus der Kolossalie 10 Pf. pro Monat und Mitglied bewilligt. Die bisher dem Verbands angehörende Sektion Postkellner scheidet mit dem 1. Januar 1921 aus

unseren Reihen; die Kolossalie gehen zum Transportarbeiterverband. Eine brennende Frage ist die Teilnahme bei Beerdigungen verstorbener Kollegen. Eine stärkere Teilnahme muß in Zukunft stattfinden. Die Bezahlung der dazu benötigten Zeit soll in später abzuschießenden Tarifen mit erledigt werden. Über die Bezahlung der dazu gestellten Rufen entscheidet der Vorstand, ob diese aus der Kolossalie erfolgen soll oder die Summe durch Sammlung aufzubringen ist. Bei der Lieferung von billigem Gastolz durch den Magistrat sind die Kollegen vom Bauamt leer ausgegangen. Die Kollegen im Forst erhalten Holz, die vom Gastwerk erhalten 25 Hektoliter Holz für 12,25 Mk. pro Hektoliter und die Kollegen des Bauamtes haben keine Vergünstigung, obwohl sie auch in dem Antrag mit eingegriffen waren. Die Regelung dieser Sache wurde den Betriebsräten überwiesen. Ein kleines Wintervergügen soll am 30. Januar stattfinden.

• Aus den deutschen Gewerkschaften •

August Haple † Von einem tragischen Geschick ist auf dem Wege zu Karl Legens Begräbnis der Hauptkassierer des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter August Haple befallen worden. Er bekam einen Schlaganfall, zu dem sich noch eine schwere Lungenentzündung gesellte. Am 4. Januar ist er, 55 Jahre alt, gestorben. Haple, der von Beruf Müller war, trat am 1. Januar 1890 dem Verbande der Mühlenarbeiter als Mitglied bei. Alle Leiden und Verfolgungen organisierter Arbeiter in der Vorkriegszeit hat er ebenfalls durchmachen müssen. Wiederholt wurde er gemahregelt, auf die schwarze Liste gesetzt und so von Ort zu Ort gekehrt, mußte er seine Familie im Elend zurücklassen. All dies und selbst gerichtliche Verfolgungen konnten aber weder Haples Kampfesmut noch Idealismus brechen. Immer wieder wurde er durch das Vertrauen der Kollegen auf vorgeschobene Posten gestellt. So war er u. a. Vorsitzender der Filialen Leipzig und Halle. 1908 wurde er in den Verbandsvorstand als Sekretär berufen. Als 1910 die Verschmelzung des Verbandes der Mühlenarbeiter mit dem der Brauereiarbeiter erfolgte, wurde er Sekretär im Vorstand des geeinigten Verbandes und 1919 Hauptkassierer. Wir können am Grabe Haples nur wünschen, daß er allen Arbeitern ein Vorbild an Kampfesmut und Pflichterfüllung bleiben möge.

Abstimmung im Hutarbeiterverband. Die Mitglieder des Hutarbeiterverbandes hatten durch Abstimmung, die vom 10. bis 13. Dezember 1920 vorgenommen wurde, darüber zu entscheiden, ob sie sich als Gesamtorganisation dem Belegschaftsarbeiterverband unter bestimmten Richtlinien anschließen wollen. Trotz eifriger Agitation in Versammlungen für eine gute Beteiligung an der Abstimmung haben sich nur 50 Proz. der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt. Für die Verschmelzung waren 5000 Mitglieder, gegen die Verschmelzung 6550.

Verschmelzung der Verbände des Gastwirtschaftsgewerbes. Die drei Organisationen, Verband der Gastwirtschaftsgehilfen, Bund der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten sowie der Verband der Köche, haben sich zu einem Verband aller gastwirtschaftlichen Angestellten zusammengeschlossen, der nun, über 100 000 Mitglieder stark, seine Tätigkeit aufnehmen wird. Der Verband nimmt seinen Sitz in Berlin, der Ausschuss den seinen in Hamburg. Neben diesen Instanzen wurde noch ein Beirat gewählt.

Anschluß der Lithographen an den Verband der Lithographen. Der Rückgang der Lithographie durch den Fortschritt der Reproduktionstechniken und das Bestreben der Arbeiterschaft nach Industrieverbänden hat auch den kleinen Verband der Lithographen betreffen, mit dem Verband der Lithographen, Kleindrucker und verwandter Berufe Verhandlungen zwecks Anschlusses zu pflegen. Diese haben zu einem Anschluß unter folgenden Bedingungen geführt: 1. Mitgliedern des Deutschen Lithographenverbandes, die bis zum 31. Dezember 1920 ihren Übertritt zu dem Verbande der Lithographen erklären, werden die geleisteten Beiträge auf die gewerkschaftlichen Massen des Verbandes der Lithographen angerechnet. 2. Im Falle der Erkrankung haben die übergetretenen Mitglieder im ersten Jahre des Übertritts nur Anspruch auf Krankenunterstützung auf die Dauer von acht Wochen wöchentlich 15 Mk. gleich 120 Mk. Für die weitere Folge gelten die Bestimmungen des Statuts. 3. Als Ausgleich für eintretende Erkrankungen überweist der Deutsche Lithographenverband dem Verband der Lithographen 4000 Mk. 4. Lithographen, die nach dem 1. Januar 1921 dem Verband der Lithographen beitreten, werden als Neueintretende behandelt.

Soziale Sterne am Firmamente leuchten, soziale Sanddörner das Meer an seine Ufer spült, soziale Herzen hat der Krieg zertrüffelt, soziale Stützen hat er gebrochen, soziale Lebensflammen erloschen. Soziale Lautropfen an den Gräbern hängen, soziale Tränen hat er der leidenden Menschheit erpreßt, und noch gar viele wird er erpressen, ehe er von der Weltgeschichte seinen blutigen Abdruck nimmt.
Wilhelm Welling.

◆ Internationale Rundschau ◆

Der Internationale Gewerkschaftsbund und Sinowjeff. Der Vorstand vom Internationalen Gewerkschaftsbund hat am 10. Dezember 1920 an Sinowjeff folgendes Schreiben gerichtet: „Geehrter Herr Präsident! Beifolgend sende ich Ihnen den französischen und deutschen Text der vom Internationalen Gewerkschaftsfesttag in London (22. bis 27. November) angenommenen Resolution. Wie Ihnen sicherlich aus Presseberichten bekannt sein wird, wurde die Resolution mit überwiegender Majorität — einzig gegen die Stimmen Italiens und Norwegens — angenommen. Diese Resolution wird sonach die Haltung bestimmen, die wir Ihrer Internationale gegenüber einzunehmen haben. Sie können daraus ersehen, daß wir keineswegs gewonnen sind, die von Ihrer Seite gegen uns gerichteten verleumderischen Angriffe ohne Widerspruch in die Definitivität verbreiten zu lassen und daß wir ebenso entschlossen sind, die Interessen der zirka 30 Millionen Arbeiter, die unserer Internationale angegeschlossen sind, in derselben Weise zu verteidigen wie bisher, und zwar in jenem Geiste, von dem sich die unabhängige Gewerkschaftsbewegung bei ihrem Kampf für die Befreiung des Proletariats leiten zu lassen hat, ohne daß wir uns hierbei, was das die von Ihnen gegründete sogenannte gewerkschaftliche Internationale tut, einer politischen Partei unterordnen. Sollten Sie oder andere Vertreter Ihrer Gewerkschaftsbewegung etwa den Wunsch haben, etwas mehr über unsere Bewegung zu erfahren — wobei Sie sich vielleicht überzeugen könnten, daß Sie bisher nichts anderes getan haben als die eigene Sache und die des Proletariats zu schädigen —, so find wir jederzeit bereit, Ihnen alle gewünschten Informationen zu erteilen, allerdings unter der Voraussetzung, daß Sie uns gegenüber in derselben Weise handeln, wie wir das Ihnen gegenüber tun, d. h. daß unsere Maßnahmen auf Treu und Glauben genommen werden und jeder von uns sich einzig von der Absicht leiten läßt, den Interessen des Proletariats zu dienen und ihm aus seiner gegenwärtigen kritischen Lage herauszuhefen. Nur auf dieser Basis ist unserer Meinung nach ein wirkliches Begreifen der beiderseitigen Absichten und niellicht auch des Anschlusses der russischen Gewerkschaften an unsere Internationale zu erzielen. Wir erwarten, daß Sie das Schreiben wie die beiliegende Resolution auch den übrigen Volkstommisären, die diese Sache angeht, zur Kenntnis bringen werden. Udegeß.“

Griechenland. Vor einigen Monaten kamen die Delegierten der griechischen Gewerkschaften zusammen, um ihren Anschluß an die Gewerkschaftsinternationale zu beschließen. Bis dahin wurde die Bewegung von der Regierung gefördert und die Zahl der Mitglieder betrug gegen 75.000. Auf dem Monarchen nahmen nun fünf Mitglieder der sozialistischen Partei gegen die Regierung Stellung. Es kam zur Spaltung. Die Fünf gründeten ein provisorisches Komitee, welchem nach einem neuerlichen Monarchen neun Zehntel der Organisierten beitraten. Die neue Richtung fand aber nicht mehr die Förderung der Regierung. Diese suchte im Gegenteil ihre Entwicklung zu hemmen. Anlässlich der Kaiserkrönung wurde die Bureau der Gewerkschaften und der Partei unter militärische Bewachung gestellt; und im Laufe der in den Städten Athen, Piräus, Saloniki usw. abgehaltenen Demonstrationen wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Regierung ließ auch die Mitglieder des Zentralkomitees verhaften und internierte sie auf einer Insel. Das neue Direktorium proklamierte hierauf sofort einen allseitigen Generalstreik, dem die Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke, die Bäcker, die Buch- und Tabakarbeiter sowie Teile der Post- und Eisenbahnbienheiten Folge leisteten. Nun wurden fünfzig Mitglieder des Streikkomitees verhaftet, aber auf die Drohung der Arbeiterkassier, den Mannstückgeheimen, wieder freigelassen. Der Premierminister schlug vor, die Streikenden militärisch einzukerkern, die unter 3 Jahre alten nach Athen zu verdrängen, die anderen unter Polizeiaufsicht arbeiten zu lassen. Der Ministerrat bewilligte jedoch diesen Vorschlag und verbrachte, die fünf wieder freizulassen. Der Streik wurde hierauf beendet.

• **Rundschau** •

Verband der Hand- und Kopparbeiter und „Rote Fahne“. In ihrer Nr. 6 hatte die „Rote Fahne“ unsern Verband und die freien Gewerkschaften, die an den Tarifverhandlungen im Berliner Rathaus beteiligt waren, angerempelt, weil sie den Hirsch-Dunderbergischen „Gewerkschaftsband der Angestellten“ und den im Fahrwasser der „Allgemeinen Arbeiterunionen“ segelnden Verband der Hand- und Kopparbeiter von den Verhandlungen ausschloffen. Unsere Ortsverwaltung sandte daraufhin eine Entgegnung an die „Rote Fahne“, die auch im „Vorwärts“, in der „Freiheit“ und in Nr. 2 der „Gewerkschaft“ abgedruckt wurde. Diese hat nun ein Mitglid des Zentralverbandes der Angestellten, das anscheinend auch der B.R.D. angehört, veranlaßt, der „Roten Fahne“ ebenfalls eine Zuschrift zu senden. Darin heisst es u. a.:

„Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat in keiner Weise über uns oben angezogenen Artikel auch sehr richtig bemerkt, daß die freigewerkschaftlich organisierte Arbeitermehrschaft oft das stirkte Bestehen stellt, nur im Rahmen der freigewerkschaftlichen Verbände zu verhandeln. Außerdem muß man ja auch, namentlich bei der großen Zahl Indifferenter innerhalb der Angestelltenenschaft, unbedingt Wert darauf legen, daß diese Verbände mit ihrem mitunter so verderblichen Einfluß ausgeglichen werden, wo und wann man es nur irgendwie kann. Von Gewerkschaftsbureauautie kann da gar keine Rede sein. Das z. B. der Afa-Bund, der ja auch an den Tarifverhandlungen beim Magistrat beteiligt ist, an Arbeitskraft in der Angestelltenbewegung gegen die Gewerkschaftsbünde vergeden muß, ist ganz ungewöhnlich und können sich die Genossen, die darüber nicht genau informiert sind, kaum einen Begriff machen. Man hat immer geföhlen können, daß der Einfluß der beiden „Gewerkschafts“-Bünde auf die kaufmännischen Angestellten ganz erheblich größer in der betreffenden Branche oder Körperschaft wurde, wenn sie plötzlich Mitunternehmern eines Tarifvertrags wurden, an dem sie vorher nicht beteiligt waren. Den Verband der Hand- und Koffarbeiter ist leider diesmal das passiert, was den Gewerkschaftsbünden der Angestellten schon so oft widerfuhr. Wenn aber in dem neuerlichen Artikel in dieser Angelegenheit gesagt wird, daß die Freien Gewerkschaften kein Recht haben, den B. d. S. u. A. auszuschalten, wird man unwillkürlich zu der Frage gedrängt, was der B. d. S. u. A. eigentlich für eine Organisation ist. Warum kommen die Genossen aus dieser an sich ziemlich bedeutungslosen Organisation nicht in den Afa-Bund? Viele durchaus tüchtige Genossen treiben hier meiner Ansicht nach Eigenbrötelei und deshalb muß es endlich mal an dieser Stelle gesagt werden, daß diese Genossen verpflichtet sind, im Afa-Bund und nicht anderwärts sich gewerkschaftlich zu betätigen. Der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband erhebt da nicht ganz; mit Unrecht den Vorwurf der Organisationsverpöterung. Wir Genossen aus dem Afa-Bund haben durchaus seine Veranlassung, und schüben vor die Gewerkschaftsbureauautie zu stellen; aber wir können nicht fehnlicher, als daß diese Kollegen zu uns kommen und uns bei unserer mitunter so schwierigen Arbeit helfen. Mitunter muß man doch leider annehmen, daß einen großen Teil Zülle die Genossen im B. d. S. u. A. tragen, die dort an einflußreicher Stelle sich befinden, wenn die bei ihnen organisierte Kollegenchaft immer noch nicht zu uns gekommen ist. Und wenn an der Haltung der Freien Gewerkschaften bei den Tarifverhandlungen beim Magistrat Kritik geübt wird, dann ist wohl nicht berückfichtigt worden, daß der B. d. S. u. A. sich über etwas beschwert, wozu er nur bedingt Recht hat. In Leipzig konnte man z. B. das traurige Schauspiel in öffentlicher Schlichtungsausschüttung am 28. Dezember v. J. erleben, daß der B. d. S. u. A. sich fast genau daselbe leistete, was hier in Berlin anderen Gewerkschaften zum Vorwurf gemacht wird. Vor Unternehmern konnte es sich dort der B. d. S. u. A. unter Miniversion eines seiner Berliner Führer nicht versagen, Verhandeln gegen den Zentralverband der Angestellten loszulassen, und zwar auch auf Kosten von etwa 210 Kollegen, die beim Rat der Stadt Leipzig zur Entlassung kommen sollten. Soll denn das nun in Zukunft so weitergehen? Offenheit ist wirklich die Zeit herangerückt, wo der ekelhafte Kampf, der auf dem Rücken der Angestellten und Arbeiter ausgegossen wird, nun endlich aufhört. Einweg mit dieser Zunderbüchse, die Zeittragenden sind doch nur immer wieder unsere Genossen und Kollegen!“

Wir können das hier Gesagte nur lebhaft unterstützen. Interessant ist aber der Viertel, den die „Rote Fahne“ nunmehr auf-
führt. Auf der einen Seite bringt sie es nicht fertig, den Organi-
sationszerpflitterern ihre schützende Hand zu entziehen, auf der
anderen redet sie der Einheit der Gewerkschaften das Wort.

◆ **Briefkasten** ◆

Halle a. S. Die Adresse unserer Ortsverwaltung lautet jetzt:
August Treupert, Halle a. S., Medizinische Poliklinik,
Eingang Franzosenweg.

• **Eingegangene Schriften und Bücher** •

Was man wissen muß. Nr. 19: Zierkunde. Von Prof. Dr. A. Strauß. Mit 24 Abbildungen. Verlag Johann Neumann, Leipzig. Wörlchenstr. 20. Preis 1 Mf.

Die Beherrschung der Rede. Vorträge zur Aneignung der Redekunst für Agitatoren und Funktionäre in der Arbeiterbewegung. Von Max B. o. d. Verlag der „Tribüne“, Mannheim. Preis 2 M. und 40 Pf. Porto. — Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Fähigkeit zur Rede. — Wie soll man reden. — Das Material zur Rede. — Die Ausarbeitung, Aufbau, verschiedene Arten und praktische Anwendung der Rede. — zehn Vortragsabschnitte.

„Die Sozialistische Gemeinde“. Preis der Einzelnummer 1 Mf. Bestellungen bei allen Postanstalten.

Soziologischer Ausbau des Geschichtsunterrichts. Von Dr. Siegfried R a w e r a n. Verlag Neues Vaterland, Berlin W. 62. Preis 5 Mf.

Die verjüngte Frau. Neue lustige Geschichten von Th. Thomas.
Buchhandlung Vorwärts, Berlin 228. 68. Preis 8 Mf.

Bering: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- und Stadtschreiber W. Hysian, Gesamtverwalter Liebfrau u. Dittmer, beide Berlin SO., Böhlerhofweger Str. 10
Fried: Hermann Wunderbarren und Verlagsanalt; Hans Singer & Co., Berlin NW. 60, Lindenstr. 1